

# Bergarbeiter-Zeitung

## Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Abonnementpreis monatlich 50 Pf., vierteljährlich 1,50 Mk.; durch die Post bezogen monatlich 1,60 Mk., vierteljährlich 4,50 Mk. — Fest- und Versammlungskarten kosten pro Blatt 25 Pf. — Geschäftsbriefe werden nicht angenommen.



Verantwortlich für die Redaktion: Theodor Wagner; Druck: G. Jandtman & Co.; Verlag: Verband der Bergarbeiter Deutschlands, sämtlich in Bochum, Wiemelhauser Straße 88—92. Telefon-Nr. 98 u. 80. Telegr.-Adr.: Mittelband Bochum.

### Fünfundzwanzig Jahre Bergarbeiterkampf.

Ein Viertelhundert ist vergangen seit den Maitagen, die der erste Massenstreik der Bergarbeiter Deutschlands zu unübergeblieben gestempelt hat. Ein Unternehmertum, selbst noch nicht lange von der kleinlichsten politisch-bureaucratischen Vormundschaft erlöst, hatte die Knappenschaft alsbald in kapitalistische Banden geschlagen und traktierte nun die einst gesellschaftlich geachteten Bergleute mit den Mitteln, die zu allen Zeiten von Emporkömmlingen gegen ihre Ausbeutungsobjekte angewandt worden sind.

So volkswirtschaftlich notwendig damals die Beseitigung des polizistischerbureaucratischen Direktionsystems im Bergbau, die Entfesselung des privatkapitalistischen Unternehmertums auch war, die Freigabe des Bergwerksbetriebes durfte und brauchte nicht mit einer Aufhebung der teilweise uralten, wohlbehüteten gesetzlichen Schutzbestimmungen für die Bergarbeiter verbunden zu werden. Daß es doch geschah, das ist die Hauptsache der nun folgenden Kämpfe der Bergarbeiter für ihr Recht und ihre Freiheit. Nur wenige Jahre waren die Bergleute von den alten Verordnungen „befreit“, da appellierten sie bis zum König hinauf um Schutz gegen die vielen Schlichtverlängerungen und den rücksichtslosen Lohndruck! Der Appell verhallte ungehört! Die Werksbesitzer erfreuten sich nun der Unterstützung der obersten Regierungsbeamten.

Dann erst versuchten die so von ihren einstigen Beschützern verlassenen Bergleute sich des stärksten Drucks durch einen organisatorischen Zusammenschluß zu entziehen. Aber sogleich warf sich das Unternehmertum — es hatte sich schon organisiert — mit aller Wucht den Organisationsbestrebungen der Arbeiter entgegen. Die Streiks in Niederschlesien, Sachsen, im Ruhrgebiet zu Ende der sechziger und in den siebziger Jahren wurden von den Werksherren im Verein mit den Behörden niedergeschlagen, die Bestrebungen der Arbeiter als „staatsgefährliche“, „revolutionäre“ denunziert. Durch den „Kulturkampf“ und das Sozialistengesetz verleitete man besonders die wiederholten Versuche der Bergarbeiter, sich eine gewerkschaftliche Organisation zu geben. Selbst die harmlosesten Knappenvereine sind wegen „ultramontaner“ oder „sozialistischer Antriebe“ verfolgt worden! Nur im Königreich Sachsen gelang es den Kameraden, ihren Verband glücklich durch die reaktionären Wogen hindurch zu labieren. Sonst aber machten die Behörden, angefeuert durch die Zensurpresse, nicht viel Federlesens, sondern lösten die bergmännischen Vereine auf, oder sie wurden durch eine skrupellose konfessionelle Verhetzung der Knappen innerlich zerklüftet, so zur Ohnmacht verdammt.

Nach wenigen Jahren schrankenloser Ausbeutung der Bodenschätze und Menschen kam der fürchterliche Bank- und Industriekrach (1873), dessen niederdrückende Folgen weit über ein Jahrzehnt schwer auf dem Erwerbsleben lasteten. Damals gab ein preussischer Bergwerksminister den Bergwerksunternehmern den Rat, zwecks Verbilligung der Selbstkosten die Löhne zu drücken und die Schichten zu verlängern! Diesen Rat befolgten die Unternehmer derart, daß die ausgebeuteten Arbeiter trotz erhöhter Schuferei in großer wirtschaftlicher Not seufzten, und selbst unternehmerfreundliche Organe erklärten, die Löhne könnten nicht tiefer gedrückt werden. Und wieder petitionierten und schlehten die Ausgebeuteten um Schutz und Hilfe, wieder kam es zu Teilstreiks, wilden Ausbrüchen der Empörung. Sie wurden wieder niedergeschlagen und es legte sich die Ruhe des Kirchhofs über die Bergwerksreviere. Nur wenige Tapfere schenkten damals nicht Verfolgung, Denunziation, Kummer und Not, erhoben immer erneut ihre Stimme für die gequälte Kameradschaft. Aber der Feigen, der „Wirtschaftsfriedlichen“, die da hofften und harrten, waren zu viele. Es schien, als ob die Bergleute rettungslos in selbstgewollter Sklaverei verfielen.

Da aber knisterte es erst, dann krachte es gewaltig in dem anscheinend stillen Gebäud! Im wunderschönen Monat Mai 1889, als alle Knospen sprangen, da standen die deutschen Bergleute zum ersten Male in ungeheurer Masse auf mit dem Schrei: So kann, so darf es nicht weiter gehen! An 130 000 Bergarbeiter stiegen aus den Schächten und forderten mehr Freiheit, mehr Brot, ihre Menschenrechte! In der Ruhr, Wurm, Saar, in Sachsen, Thüringen, Niederschlesien und Ober-schlesien loderten die Flammen des Aufstandes, wie ihn kein Mensch für möglich gehalten hatte. Auf einmal füllten Hunderttausend, daß sie nun und nimmermehr dazu verdammt sein könnten, zu arbeiten, um eine Sandvöll Unternehmer zu bereichern und um selbst nur das notdürftigste Brot zu haben. „Der Zweck der Arbeit soll das Gemeinwohl sein!“ Dieses Wort wollten nur die Knappen in seiner höchsten sittlichen Bedeutung, nicht als ein untertäniges Gelöbnis verstanden wissen. Der Mensch häuete sich auf gegen die unmenschliche Entfittlichung der Arbeit! Dies zum imponierenden Ausdruck gebracht zu haben, das ist, wenn auch gewiß nur erst wenig von den Kämpfern von 1889 innerlich bewußt, die unvergängliche geschichtliche Bedeutung der ersten großen Massenerhebung der Bergarbeiter Deutschlands.

Und der Massenprotest wurde, trotz aller Verbunkelungen und Verbächtigungen der Zechenbesitzerorgane, weithin gehört! Der zwanzig Jahre früher an den König gerichtete „alleruntertänigste“ Silberuf blieb unbeachtet. Aber den Wortführern der 1889 im Kampfe für ihr Recht stehenden Massen gewährte der Kaiser eine persönliche Unterredung. Im März des großen Streikjahres antworteten die Werksbesitzer nicht einmal auf die sich für den Wirtschaftsfrieden aussprechenden Eingaben der Belegschaftsvertreter. Im Mai 1889 aber versprachen dieselben Werksbesitzer den im Kampfe für ihr Recht stehenden Massen die Schichtverkürzung, Lohnerhöhung, bessere Behandlung.

Es ist nun einmal der Welt Lauf, daß im Aufstreben der Menschheit der Kampf der Water aller Dinge ist. Man mag das persönlich bedauern, mehr Freude an schieblich-friedlich-erworbenen Fortschritten haben. Aber es heißt doch die Menschennatur verkennen, die Geschichte fälschen und die Arbeiter, sei es unbekümmert oder absichtlich, betrügen, wenn man ihnen, wie es die Gelben und ihre Selbsthelfer tun, zuredet, sie dürften getroßt auf das unbegrenzte Wohlwollen, auf das freiwillige Entgegenkommen der „Arbeitgeber“ vertrauen, eine Organisation, die nötigenfalls auch den Kampf aufnehmen, sei den Arbeitern eher schädlich wie nützlich. Die Erfahrungen in der Bergwerksindustrie strafen die „wirtschaftsfriedlichen“ Schwäbereien Lügen!

Was hinderte denn die Unternehmer an der Berücksichtigung der schon über zwei Jahrzehnte vor 1889 durchaus friedlich erhobenen Arbeiterwünsche? Damals war die ungeheure Mehrheit der Knappen noch konservativ gesinnt, huldigte dem „königlichen Bergheeren“ mit Begeisterung. Und trotzdem wurden sie nicht gehört, rapide ging es mit dem gesellschaftlichen Ansehen der Bergarbeiter zurück! Ja, gerade weil die Gedrückten nur hofften und harrten auf Unternehmerwohlwollen, weil sie das glaubten, was sich neuerdings die „Reichstreuen“ Gelben als funkelneluene „Heils-wahrheit“ aufschwindeln lassen, darum ging es dem Bergmann immer miserabler!

Das Umsichgreifen dererspitterung und der Organisations-Iaueit unter den Bergleuten hat verschuldet, daß weder die Werksbesitzer, noch die Gesetzgeber die wichtigsten Arbeiterforderungen berücksichtigten. Die Kämpfe der mitteldeutschen Braunkohlen- und der Steinkohlenbergleute 1896, 1900, 1906, 1907 und 1911, der Lothringer 1899 und 1907, der Wurmbergleute 1900, der zweite Massenstreik 1905, die Streiks der Schlesier 1900, 1904 und 1906, die wiederholten Streiks auf den Kaligruben 1905 bis 1911, der Mansfelder Streik 1909, der Streik der Oberhauer 1910, der dritte große, durch Militär und „christlichen“ Streikbruch vorbereitete Massenstreik 1912 im Ruhrgebiet, in Sachsen, Schlesien, Lippe-Samlover, und endlich der große oberschlesische Streik 1918 — alle diese Kämpfe wurden um Forderungen geführt, die zum Teil bereits 1889 erhoben worden sind! Ihre volle und dauernde Verwirklichung scheiterte an nichts anderem als an der in Anbetracht der Unternehmernmacht viel zu geringen organisatorischen Beharrlichkeit der Bergarbeiter. Sie bedachten nicht, daß man zusammenbleiben muß, um zu-sammen dauernde Erfolge zu erzielen.

Doch wäre es total falsch, wenn wir sagten, die 25 Jahre Kampfszeit seien nutzlos für die Bergarbeiter verlaufen. Das Gegenteil ist richtig. Die Löhne wären nach 1889 gewiß weit weniger als gesehen gestiegen, wenn die Kameraden stets in ruhigem Dulden verharren. Daß die Löhne noch heute weiß nicht ausreichend sind, das liegt auch an der enormen Verteuerung der Lebensbedürfnisse durch unsere wirtschaftspolitische Gesetzgebung (Rolle, indirekte Steuern). Wer die alten Kameraden, die schon vor 1889 zur Grube gingen, fragt, dem werden sie erzählen, daß doch mittlerweile auch die Schichtzeiten verkürzt worden sind; sie dauerten vor 1889 fast in allen Bezirken regelmäßig noch über 10 Stunden, ohne Anrechnung der Überstunden, hinaus. Heute ist die 8½-Stündige Schicht weit vorherrschend. Die zum Teil erheblichen Verbesserungen der sanitären Einrichtungen (Wach- und Badeanstalten, Verbandsstuben usw.) sind un-freierig. Mandanten harten Kampf haben wir deshalb führen müssen. Die Be-handlung der Arbeiter ist durchaus noch nicht tadellos, jedoch nicht mehr so zynisch-brutal wie vor 1889. Fragt darum die alten Kameraden! Im Knapp-schaftswesen liegt noch vieles im Argen und doch sind seit 1889 auch auf diesen Gebieten manche wertvolle Verbesserungen errungen worden. Nicht dafür mühten schwere Kämpfe geführt und große Opfer gebracht werden; mancher unserer alten Knapp-schaftskämpfer weiß davon ein trauriges Lied zu singen.

Wenn wir also aussprechen, daß seit 1889 mancher Mißstand beseitigt, mancher Erfolg für die Bergarbeiter erzielt worden ist, so muß doch gesagt werden, daß die wichtigsten Arbeiterforderungen nur erst teilweise, manche sogar noch gar nicht erfüllt sind. Noch fehlt die Achtstundenschicht inkl. Ein- und Ausfahrt, noch fesseln Lohnverträge mit festen Mindestlöhnen, noch herrscht vielfach schlimme Straf-willkür, noch mangelt es an unabhängigen Arbeiterkontrollen und die Unfälle sind weit zahlreicher wie um 1889, noch haben die Unternehmer die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiter nicht anerkannt, noch harren viele Beschwerden über das Versicherungsweisen ihrer Abstellung!

Möglich wäre es den Unternehmern, dank ihrer reichen Reservefonds, die Arbeiterlöhne unberührt zu lassen. Die Bergleute aber müssen augenblicklich wieder fühlen, wie schmerzhaft die Lohndruckschraube angezogen wird. Unfähig bitter sind die Vertrauensseligen enttäuscht worden, die 1912, statt mit-zukämpfen, sich durch die Streikbruchorganisatoren zur Arbeit treiben ließen! Was jetzt an Lohndruck und Mehrschuferei eingetreten ist, das haben die Leiter des Berg-arbeiterverbandes vorausgesehen und zum Widerstand aufgefordert. Wieder, wie kurz nach 1889, müssen die Bergleute für ihre Vertrauensseligkeit und Uneinigkeit bitter büßen!

Bergarbeiter in allen Revieren: Gedenkt des großen Kampfes von 1889! Erinnert euch der Enttäuschungen und Nackenschläge, die ihr jedesmal zu erdulden hattet, wenn ihr den Leuten glaubtet, die euch vorführten, nicht mitzukämpfen um euer gutes Recht, sondern geduldig auf das „Wohlwollen der Arbeitgeber“ zu hoffen. Mit dieser Hoffnung seid ihr zum Narren gehalten worden! Denkt daran, vergeßt das in Zukunft nicht.

Nach wenigen Monaten, dann kann auch der „alte“ Verband als Kind der 1889er Bewegung sein 25. Jahresjubiläum begehen. Im Sturm und Drang ist der Verband geboren, durch Sturm und Drang nahm er seinen Weg.

Nicht besser kann das Gedenken an 1889 gefeiert werden, als indem wir nun alle unsere Kraft aufbieten, um bis zum 25. Geburtstag unseres Verbandes ihm so viele Tausende neue Mitglieder zu gewinnen, daß er stärker ist wie je zuvor! Allen Kameraden muß es eine Ehre sein, hierbei tatkräftig mitzuhelfen.

Ungemein günstig ist nun die Zeit für eine energische Agitation. Der Berg-arbeiterverband hat in den ersten drei Monaten des Jahres 1914 schon 11.185 neue Mitglieder aufgenommen! Neues Leben in der Natur, neues Leben in unserer Organisation. Es muß nun aber auch alle Mühe aufgezogen werden, damit die gewonnenen Mitglieder erhalten bleiben! Das ist für unsere Entwicklung ausschlag-gehend. Noch so viel Aufnahmen können nichts nützen, wenn der Zuwachs durch den Mitgliederwechsel wieder fortgeschwemmt wird. Schulung der Mitglieder, Be-stärkung ihrer Heberzeugung, das ist es, was der Organisation nützt. Ohne Zweifel ist ihre Werbekraft nun stärker geworden. Viele Tausende Kameraden spüren jetzt, daß sie 1912 von den Streikbruchorganisatoren getäuscht worden sind. Das Lohn-drücken lehrt nun diese Kameraden, wohin sie gehören, wenn die Zukunft besser werden soll: In den Bergarbeiterverband, die älteste und von den Werksherren gefürchtetste Bergarbeiterorganisation!

# Erinnerungen an die Streifsbewegung im Jahre 1889.

## Der Kampf um Anerkennung.

Warum hat man den 1. Mai Bergmannstand mit Ende des Jahres verglichen, dem Frieden der Unterwelt verglichen, der Erb-  
 beben erzeugte, wenn er sich in seinen Scherzenden windet, und in der Tat, 1889 hat der Streik der Unterwelt, der Knappenstand, sich zum ersten Male in seinen Scherzenden gewunden und ein gewaltiges, nachhaltiges Leben erzeugt. Die deutsche Arbeiterbewegung leuchtete noch unter dem Druke des Schand-  
 gesetzes, das dem Arbeiter jede Organisation unmöglich machte, während das Unternehmertum sich mit beherrschender Unter-  
 tücklichkeit zu mächtigen Vereinigungen, zusammengeschlossen hatte. Bis zum 1. Mai mit ihm die Scherzmacher in allen bürgerlichen Parteien glaubten und hofften, durch Ausbreitung des Sozialistengesetzes die Gewerkschaften vollständig zu unterdrücken und damit jeden größeren Nachdruck zu verhindern. Galten die Gewerkschaften doch bei allen Arbeitervereinen nur als Strafvereine. Ohne diese Strafvereine waren nach ihrer Regierungsmethodik keine Streiks möglich, keine zu befehlen und nun schlug der Streik der Unterwelt ganz plötzlich diese Weisheit in Scherben! Vor den 108 000 Ruhrbergarbeitern traten in den Wäldern 1889 an 100 000 in den Ausbäuern, ohne Organisation, und vertreten mit ihren schweren Bergmannsstocken im Masse die Interessen des Sozialistengesetzes. Allen politischen Parteien zum Trotz zerriss die damals durchaus patriotisch gelonnenen Arbeiterbewegung das Schandgesetz, erzwangen durch ihren Massenauftritt die Gesetzgebung, sich der Arbeiterverhältnisse mehr anzunehmen, als das bis dahin geschehen war. In diesem Sinne haben die Arbeiter ihren Streik nicht allein für den Bergmannstand geführt, sondern sie haben gekämpft für Recht und Freiheit der gesamten deutschen Arbeiterklasse.

Der Streik brach am 4. Mai, ganz plötzlich und unerwartet, wie die Unterwelt und die Regierung nachher behaupteten, auf den Silberwäldern bei Gelsenkirchen aus und griff mit Windeseile gleich einer großen Feuersbrunst bald über das ganze Revier über, wozu das sofortige Eingreifen des Militärs, das am 5. Mai im Streikgebiet anlangte, wesentlich beigetragen hat. Die Grubenbesitzer waren von dem Ausbruch dieses Streikens ganz überrascht, denn nach ihrer Meinung hatten die Bergleute keinerlei Ursache, mit ihrem Los unzufrieden zu sein, noch waren den Behörden besondere Klagen und Wünsche der Belegschaft bekannt. Es ist auch von der Unternehmerrseite und selbst im Landtag von den Werkverwaltern, besonders dem Dortmunder Oberbürgermeister und Grubenaktionär Schmieding, darüber gepöpstelt worden, die Bergleute hätten gestreikt, ohne zu wissen warum. Nichts ist falscher als das, nur das eine ist richtig, man hat es den Belegschaften unmöglich gemacht, ihre Bewegung systematisch vorzubereiten und zu organisieren. Die Lohnverhältnisse waren äußerst mangelhaft, der Durchschnittslohn stand 1888 auf 2,69 M., und selbst die Rheinisch-Westfälische Zeitung, der man 100 Lohnblätter von jeder Prosper eingehandelt hatte, mußte zugestehen, daß von 76 Lohnblättern der geringste Verdienst pro Schicht auf 1,78, der höchste auf 4,11 M. stand. Nach Ausscheiden derjenigen Lohnblätter, die unter 2 M. Schichtlohn blieben noch 67 Blätter übrig, und für diese, also aller erwerbsfähigen Bergarbeiter, ergab sich dann ein Durchschnittslohn von 2,62 M. So haben die „glänzenden Löhne“ aus, für die sich die Knappen oft 12—14 Stunden im Schacht abfinden mußten, wozu noch die vielen Grobheiten kamen, die die Beamten sich gegen sie und nicht selten auch ihre Familienangehörigen erlaubten.

Den Kameraden fehlte 1889 im ganzen Ruhrgebiet fast jede Versammlungsmöglichkeit, so daß sie sich über ihre Lage nicht gemeinschaftlich unterhalten, noch verständigen konnten, aber dennoch hatten sie ihre Forderungen lange vorher eingereicht, so daß es von den Werkverwaltern allein abhing, ob es zum Kampfe kommen mußte. Schon am 10. März fand in Essen eine große Bergarbeiterversammlung statt, in welcher unser Kamerad Ludwig Schröder für den Zusammenschluß aller Bergarbeiter sprach und dabei betonte: „Wenn wir einig sind, brauchen wir nicht zu streiken, dann erhalten wir auch, was wir wollen.“ Dann fand am 8. April wieder eine Massenversammlung in Essen statt, in der wiederum Schröder sprach und zwar über die beabsichtigte Eingabe an die Werkverwalter, wobei er jedoch entschieden davon abriet, die Verhältnisse durch gewalttätige Mittel, durch einen Streik erzwingen zu wollen; wer zu einem Streikrate, sei kein Freund des Bergarbeiters.“ Der später so viel verlästerte, so bitter gebäht und so wütend verfolgte Organisator der Ruhrbergleute wollte

den Streik nicht, sondern erst die einzige Organisation, durch die er hoffte, ohne Kampf, d. h. ohne Streik die Lage der Bergarbeiter zu bessern. Es kam anders, teils durch die Schuld der Bergarbeiter, die den Mahnruf zur Einigkeit nicht befolgten, deshalb keine Macht darstellten, die das Unternehmertum zum friedlichen Verhandeln gezwungen hätte.

Die Versammlung am 8. April nahm folgende Eingabe an die Behördenverwaltungen an:  
 1. Aufbesserung der Löhne durch einen überprozentigen Satz für alle Bergarbeiter. 2. Abschaffung der Ueberproduktion durch die ganze Belegschaft, a) der Ueberarbeit von vier bis fünf Stunden und b) der Einführung der jetzt üblichen gewöhnlichen Schicht, einschließlich Ein- und Ausfahrt. Des weiteren glauben wir darauf hinweisen zu dürfen, daß in sanitärer und in anderer Hinsicht die Bergleute ein Interesse haben: an guter und gesunder Weiterführung; an Errichtung eines möglichst von Wind und Wetter geschützten Ganges von der Baue bis zum Schacht; an die Verringerung des Polzes bis in die Grube usw. Hiermit erlauben wir uns, die Wünsche resp. Forderungen der Bergleute einem wohlwollenden Grubenvorstand vorzutragen. Deren friedliche Erfüllung erwarten wir, gleich im Namen der Bergleute das am 10. März in der Bergmannsversammlung zu Essen gewählte Komitee.

Dieses Komitee, Weber-Buchum, Bunte-Dortmund, Brodram-Gelsenkirchen, Diekmann-Niedendorf, Mehlhahn-Essen, existierte für die Grubenbarone selbstverständlich nicht, und folgedessen gingen ihnen die Forderungen nichts an. Das Komitee wurde als „anonym“ bezeichnet, als ob es auf dem Monde lebte, die Forderungen existierten nicht und dennoch gab es für die Bergarbeiter keinen anderen gangbaren Weg, ihre Wünsche gemeinschaftlich vorzutragen, als durch ein solches Komitee. Arbeiterauschüsse, Schichtdelegationen, Organisationen gab es nicht, blieb nur die einzige Möglichkeit, eine Kommission zu wählen und diese vorzusenden. Sätten die Grubenbesitzer den Frieden gewollt, dann hätten sie mindestens dem Komitee auf seine Eingabe geantwortet. Nicht einmal einer Antwort wurden die Bergarbeitervertreter gewürdigt, im Gegenteil, sie wurden förmlich zum Kampf herausgefordert, und so brach dann das Verhängnis mit elementarer Gewalt über das Revier herein.

Die Essener Forderungen vom 8. April blieben nach dem Ausbruch des Streiks keineswegs Gemeingut aller Bergleute, sondern die einzelnen Belegschaften stellten vielfach besondere, unabhängige Forderungen auf. So stellte z. B. die Belegschaft der Silberwälder am 8. Mai in einer Belegschaftsversammlung in Gelsenkirchen folgende Ergänzungsbedingungen: Lohn-  
 erhöhung um 15 Prozent, Durchschnittslohn für Hauzer nicht unter 3,20 M., für Schleppler nicht unter 2,80 M., und für die Pferdeträger nicht unter 2,40 M.; Mähtundenschicht einschließlich Ein- und Ausfahrt; Stillung der Kohlenwagen bis zum Strichmaß; Streichung von höchstens 10 Wagen pro Schicht für die ganze Belegschaft zur Nachfüllung; Verringerung des Polzes bis zur Weim; Festsetzung des Bedingtes am 1. und 15. eines jeden Monats; Billigkeit der Strafen seitens der Steiger bis höchstens 0,25 M.; Nachweis der Strafen; Wegfall der Ueberstunden und Arbeitsbeginn an Sonntagen um 11 Uhr abends.

Unter diesen Forderungen stand kein „anonymes“ Komitee, sondern die gesamte Belegschaft, aber für die Belegschaften war die Belegschaft doch nur Betriebsmaterial, ein Objekt, das zum Rohmaterial gegählt wird, beiseite nicht Subjekt, das über die Arbeits- und Lohnverhältnisse mit zu bestimmen hatte. Der Herr-im-Haus-Standpunkt mußte unter allen Umständen gewahrt werden, und so durften auch diese und ähnliche Belegschaftsforderungen nicht bewilligt, den Forderungen nicht geantwortet werden. Die Grubenbesitzer fühlten sich als die Herren, und wels „veröhnender“ Geist sie beherrschte, das ging am deutlichsten aus den Worten des Bochumer Staatsanwalts und Grubenaktionärs Schulte-Vellinghausen hervor: „Weshalb habt Ihr eigentlich gestreikt? Meint Ihr, die Grubenbesitzer wären so gut gestellt, um eure Forderungen erfüllen zu können? Mein Vater ist auch Grubenbesitzer, ich weiß daher, wie es damit bestellt ist. — Ah, was soll ich noch länger reden! Einer von Euch hat gesagt: Wir sind Herren der Situation! — Nein, wir sind Herren der Situation. Wer nicht will, wie wir wollen, den lassen wir einfach niederstrecken! Herr Kommissar, führen Sie die Leute ab!“ So sprach der Vertreter der „objektivsten Behörde“ als Angehöriger der Grubenbarone zu den armen Bergarbeiterdelegierten, die ihren Frauen und Kindern ein größeres Stückchen Brot erstreiten wollten. Wer nicht so will, wie wir wollen, den lassen wir einfach niederstrecken, und in der Tat trachten am 8. und 9. Mai die Gewehrsalven der steigernden Armee von Düppel, Königgrätz und Sedan und im Blute wälzten sich Knappen und geschlagene von der „innere Feind“ auseinander! Vor der Sache Graf Moltke bei

Gelsenkirchen sammelte sich am 8. Mai in aller Frühe eine große Anzahl Streikender an, die von der Polizei mit blanker Waffe auseinandergetrieben wurde, jedoch nicht schnell genug wich, weshalb Militär mit gefälltem Bajonett im Sturmschritt heranrückte. Der blutjunge Sekondeleutnant v. Strahlendorf gab Befehl zum Schießen. Eine Salve trugte brühend, drei Tote und vier Schwerverwundete wälzten sich in ihrem Blute!

„Schlagere“ Kubla, wie erklarend lag es für einen Moment auf der Menge“, schreit Ingenieur Ommelmann diese Szene, „dann aber brach dieselbe in einen unbeschreiblichen, verzweiflungsvollen Aufschrei aus, dessen erster Effekt eine vorwärtsstrebende Bewegung zur Folge zu haben schien, die aber durch die mit gefällten Bajonetten zum bastehende Selbstentzündung beeinflusst wurde. Es trat der Aufschlag ein: die Arbeiter hoben auseinander.“

Am 9. Mai verweigerte die Mittagschicht auf Zech Schlesswig die Ansahrt, worauf zunächst eine ruhige Auseinandersetzung zwischen dem Betriebsführer Steinweg und den Wortführern der Arbeiter folgte, die aber zu keinem Resultat führte. Die Leute schickten sich schon an, ruhig nach Hause zu gehen, worauf es plötzlich zum Streik und Gegendemenge zwischen den Streikenden und den Steigern Dierhoff und Bergmann kam, von denen ersterer scharf zurückgetrieben wurde. Auf Anruf rückte das Militär sofort per Ortsgaraboy 500 bis zur Sache Schleswig ab, wo zwar längst alles wieder ruhig war, die Leute sich bis zum Bahndamm zurückgezogen hatten, wo sie jedoch in zwei Kolonnen zusammenstanden. Der Befehlshaber, Leutnant Pape, bildete keine „Zusammenrottung“, gab Befehl zum Auseinandergehen, ließ einen Trommelwirbel schlagen und kommandierte: „Feuer!“ Eine Salve trugte, die Wirkung war furchtbar: zwei Männer und eine Frau lagen getötet am Boden, während sechs Personen, darunter ein vierjähriges Kind, als Schwerverletzte sich im Blute wälzten! An demselben Abend trachten auch am Bahnhof zu Bochum die Flintenschüsse und Bürgerblutfloß im Innern. So wurden bis dahin bis auf die Knochen königstreue, vaterlandsliebende Bergleute, die jede Versammlung mit einem brausenden Hoch auf den Kaiser eröffneten und schlossen, „beschützt“ in ihrem Kampf gegen das Zechkapital!

Am 11. Mai veröffentlichte der Vorstand des Vereins für die bergbaulichen Interessen folgende Erklärung:

1. Die seit Anfang dieses Monats im Gange befindlichen Arbeitseinstellungen auf den Steinlohngruben des niederrheinisch-westfälischen Bergbaubezirkes, welche sich nunmehr auf bereits mehr als dreihundert aller Werke erstrecken, sind ausnahmslos ohne vorherige Kündigung des Arbeitsvertrages erfolgt, beruhen deshalb in ihrem Ausgange auf ungesetzlichen Boden.

2. Die durch die Versammlungen der Bergarbeiter und auf anderem Wege zur Kenntnis der Grubenverwaltungen gebrachten Anträge und Beschwerden der Arbeitsausführenden rechtfertigen das ungesetzliche Vorgehen der letzteren nicht. Es kann auch nicht zur Entschuldigung behauptet werden, daß in der wirtschaftlichen Lage oder in der Ordnung unseres Bezirkes Mängel vorlägen, unter deren Druck besorgene Männer zur sofortigen Niederlegung der Arbeit Anlaß gehabt hätten. In keinem Bergbaubezirke des europäischen Festlandes besteht keine kürzere Arbeitszeit als in unserem Bergrevier. Dieselbe ist vielmehr überall, insbesondere auch auf den staatlichen Steinlohngruben Preußens, erheblich länger, als bei uns. Auch die Höhe unserer Vergütung übersteigt die aller Reichsbergbaubezirke, einschließlich der staatslosen. Die beim Reichsbergbaubezirke aufgestellte Nachweisung über den Berufs-genossenschaftlichen Beschäftigten anrechnungsfähigen Löhne ergibt für die sämtlichen Bezirke des Oberbergamtsbezirks Dortmund umfassende Section II der Knappschafts-Berufs-genossenschaft einen Durchschnittslohn von 910,28 M., während der Durchschnittslohn der Bergarbeiter im Deutschen Reich nach derselben Nachweisung nur 777,88 M. beträgt. Während des laufenden Jahres hat auf den bei weitem meisten Gruben eine weitere Steigerung stattgefunden und es lag in der vielen Bergleuten bekannten Absicht der einzelnen Verwaltungen, hiermit fortzufahren. Diese Absicht fand ihren wesentlichen Stützpunkt in der nach jahrelangem Darlehenliegen im Jahre 1888 begonnenen Aufbesserung der Kohlenpreise und deren Zusammenhang mit der Verbesserung der Lage der Arbeiter.

3. Die älteren und erkrankten Bergleute vertrauen deshalb mit Grund der naturgemäßen Entwicklung der Lohnverhältnisse und der Verständigung mit der Verwaltung der einzelnen Gruben. Sie sind vornehmlich nur durch die Aufregungen und Drohungen jüngerer Arbeiter in den Strom der Bewegung hineingezogen worden.

4. Im Interesse der zukünftigen Entwicklung der Arbeitsverhältnisse innerhalb des Bezirkes und zur Aufrechterhaltung der festen Grundlagen, auf denen dieselben beruhen müssen, können wir in dem uns jetzt von den Arbeitern unerschrocken aufgenötigten Kampfe lediglich die Machtverhältnisse entscheiden lassen. Wir erwägen jedoch die ungewöhnlich ernsten Folgen, welche die längere Fortdauer der Arbeitseinstellung nicht nur für unsere Bezirk, sondern auch für die weitesten Kreise des Vaterlandes hat und erklären deshalb rüchlos, daß jede einzelne Grubenverwaltung unseres Bezirkes bereit und ernstlich entschlossen ist, den Arbeitern, wenn sie die Arbeit wieder aufgenommen haben werden, erhöhte Löhne zu bewilligen. Es ist unmöglich und widersinnig — wie jeder Bergmann

## Kaiser Wilhelm II. und die Bergarbeiterdeputation 1889.

Die Spannung während der Streiklage im Mai 1889 erreichte ihren Höhepunkt, als bekannt wurde, der Kaiser werde in Berlin eine Deputation der Ruhrbergleute empfangen. Als Vermittler soll der damalige Erzhochbischof Wilhelm II., der damals in Wiesbaden lebende Geheimrat Dr. Ginzpeter, gebildet haben. Ginzpeter ist bis über das Grab hinaus von der Schamacherpresse besetzt und offen angefeindet worden, ein Ehrenpreis für den Verstorbenen.

Am 14. Mai empfing der Kaiser im Berliner Schloß die drei Bergleute Ludwig Schröder, Fritz Bunte (verstorben) und August Siegel, die drei „Kaiserdelegierten“, wie sie von da an genannt worden sind. Otto Hue hat im zweiten Bande seiner „Bergarbeitergeschichte“ der Kaiserdeputation eine ausführliche Darstellung gewidmet, die wir nun folgen lassen:

Am 9. Mai fand in Dorffeld eine große Streikerversammlung statt. Der Gelsenberger Herr Schumann, ein „Antisemit“, sagte zu mehreren Belegschaftsdelegierten, wenn der Kaiser wüsste, wie es ihnen, der würde den Bergleuten schon helfen.“ Das Wort wurde sofort aufgenommen. Die Versammlung begrüßte mit Jubel den Antrag, eine Kaiserdeputation zu wählen.“ Auf die Frage, wer hinüber soll, rief die Versammlung wie aus einem Munde: Bunte, Schröder, Siegel!“ Wir wissen, daß diese drei als Knappenvereinsführer seit Jahren im Revier wohlbekannt waren. Es ist später gesagt worden, als Sozialdemokraten hätten sie nicht zum Kaiser gehen dürfen: sie haben den Kaiser belogen.“ Siegel lächelt uns, es sei demnach einfach unmöglich gewesen, die Wahl abzulehnen, weil alles darauf ankomme, Zusammenhang in die organisatorische Masse zu bringen. Die drei Gewählten besaßen im höchsten Maße das Vertrauen der Bergleute: ihre dringende und beruhigende Tätigkeit wurde auch von der Zentrumspartei anerkannt. Es ist später viel von einer Verschleierung der sozialdemokratischen Ueberzeugung seitens der Kaiserdelegierten geredet worden. Teils geschah es aus Unkenntnis, meistens aber bewußt zum Zwecke der Arbeiterverwirrung. Das namentlich Schröder auch öffentlich kein Hehl aus seiner sozial-

istischen Gesinnung gemacht hatte, wissen wir aus der Bewegung von 1877/78: Dem Zentrumsführer Lambert Lenking, der sich eifrig um das Zustandekommen der Kaiserdeputation bemühte, war Schröders Parteistellung zweifellos bekannt, wenn Lambert auch hinterher in der „Armonia“ und in seiner Streikbrochure diesen Tatbestand zu verunkeln verachtete. Auch Töde, dessen enge Freundschaft mit Schröder, Siegel und Bunte wahrhaftig kein Geheimnis war, wurde gefragt, wie er sich zu der Deputation stelle. Töde sagte: „Geht nur hin nach Berlin, sonst kriegen wir doch noch den Belagerungsstand.“ Auch dies Moment ist beachtenswert. Schröder sagte uns, als die Kameraden ihn wählten, obgleich er seit 15 Jahren Sozialist war, da habe er es als seine Pflicht als Verantw. angesehen, vor dem Kaiser im Namen der Kameraden zu sprechen. Wie die ganze Streikbewegung mit keiner Parteiparole zusammenhing, so sei auch die Kaiserdeputation als eine rein bergmännische Angelegenheit behandelt worden. Dem kann ernstlich nicht widersprochen werden. Wie Schröder, so hat auch Lenking damals die Kaiserdeputation keineswegs als eine politische Parteiangelegenheit bewertet, andernfalls hätte er sicher auf eine andere Zusammenkunft der Deputation hingewirkt. Erst später, als die Zentrumsparteiführer bemerkten, daß die Karze nicht nach ihrem Zwecke lie, haben sie sich als die von Schröder und Genossen Gefährlichen aufgespielt.

In charakteristischer Weise ließ sich Lenking in der „Armonia“ (Dortmund) vom 31. Mai über Schröder aus. Die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ hatte mitgeteilt, Schröders 1875 geborene Tochter sei auf den Namen Isabella getauft, ein Beweis für die „sozialistische Gesinnung des Kaiserdelegierten“. Dazu schrieb die „Armonia“, das demnächstige Vorgehen der Rhein-Westf. Ztg. sei geradezu ekelhaft. — Ist denn der politische Standpunkt, den jemand vor 15 Jahren angenommen hat, für seine jetzigen Verhandlungen maßgebend? Verwirrt Schröder hat sich in der ganzen Bewegung maßlos und fröhlich benommen. Er hat das volle Vertrauen seiner Kameraden verdient. Die geringe Demagogie der Rhein-Westf. Ztg. gegen den Bergmann Schröder beweist ebenfalls nichts für dessen angebliche sozialdemokratische Gesinnung. Das edle Achenblatt sagt nämlich: Daß Schröder am 23. November 1876 seinen Austritt aus der evangelischen Landeskirche am Gericht erklärt hat. Wieviel Demokraten, Freisinnige und Sozialdemokraten haben dasselbe getan? Wenn alle diejenigen Protestanten, welche sich in ihrem Innern längst von der Landeskirche losgerissen haben, Sozialdemokraten wären, dann läge es wirklich noch häufiger als heute aus. Es ist doch klar, daß man sich nicht auf einen Namen stützen und doch nichts glauben, wie es vielfach öfters der Fall ist, namentlich in den sogenannten besseren Kreisen. Nicht überlegt, aber Lenking hat in der Streikbewegung häufig mit Schröder persönlich verhandelt, daß über dessen sozialistische Gesinnung bei einem Manne der Zeitung kein Zweifel bestehen konnte. Schröder war 1889, was

Bei den Vorbereitungen für die Berliner Reise ließ vorzüglich Lenking mit Rat und Tat. In seinem Bekleidungsraum haben wiederholt Besprechungen der Streikleiter stattgefunden, an der einen oder anderen war auch der der Zentrumspartei angehörende oder mindestens nahebestehende Bergbaulehrer Direktor Wilmanns beteiligt. Am 11. Mai kam die telegraphische Nachricht, der Kaiser sei gewillt, die Deputation zu empfangen. Die Reisefosten wurden bei Geschäftsleuten gesammelt. Lenking selber war noch bei der Abfahrt der Kaiserdelegierten am Bahnhof und erkundigte sich angelegentlich, ob sie wohlhergekommen seien. In Berlin angekommen, nahm sich ihrer ein Mitglied des parlamentarischen Zentrumskorrespondenzbureaus an. Gegenüber der Nachricht der freisinnigen „Berliner Volkszeitung“, Schröder, Siegel und Bunte seien brieflich an die sozialdemokratische Fraktion empfangen worden, erklärte die „Armonia“ (27. Mai), das sei nicht von den Delegierten, sondern ohne ihr Zutun „von einem heiligen Führer (Töde) der Sozialdemokraten“ geschehen. In Wirklichkeit seien die drei von einem Herrn aus der Zentrumspresse am Bahnhof in Berlin „auf unsere Beerdigung“ in Empfang genommen worden. Dieser Herr habe Schröder und Genossen mit den freisinnigen Abgeordneten Schmidt-Eberfeld und Baumbach in Verbindung gebracht. Man sieht auch hieraus, welche intimen Beziehungen die Zentrumsführer zu den heftigsten Streikführern unterhalten. Und da sollte ein so geistvoller Politiker wie Lenking, Schröders Parteigenosse, nicht gekannt haben? Schröder hätte sich nur im Interesse der Arbeiter, daß man ihm eine parteipolitische Ausnützung der Streikbewegung anhängen konnte, und tat recht daran. Wir können bestreiten, daß die Kaiserdelegierten sich sorgsam hielten, während ihres Berliner Aufenthaltes mit Vertretern der sozialdemokratischen Partei oder Reichstagsfraktion in Verbindung zu kommen. Sie taten eben alles, um den angeblichen Belagerungsstand — auf Grund des Sozialistengesetzes — fernzuhalten. Ein sehr lächliches Bestreben, das freilich den Belegschaften nicht in den Kram paßt.

Am 14. Mai wurde die Bergarbeiterdeputation zum Kaiserhof „begehrt“. Wir übergehen die amtliche Beschreibung des steifen Hofzeremoniells (Siegel, der sie uns vor Jahresfrist mitteilte, hat sich davon eine sehr lebhaft Erinnerung bewahrt) und stellen fest, daß die ganze Audienz nur wenige Minuten dauerte. Die Arbeitervertreter konnten keine informierende Schilderung geben: „Der Kaiser erschien, als wir im Saal standen, er sah sehr finster aus. Einer der Hofherren hatte uns gesagt, die ganze Sache dürfte nur zehn Minuten dauern, in dieser Zeit müßte der Kaiser aus gesprochen haben. Nur einer von uns durfte sprechen, aber recht laut. Majestät lächelte aber. Als der Kaiser einztrat, vernahmten wir uns, unsere Mienen waren uns für eine tiefe Verbeugung. Er sprach uns herzlich an und fragte: Was ist über Wunsch?“ Darauf sprach Schröder: „Um sprach der Kaiser: Ich will Sie hören.“ Dann dankte er den Delegierten für die Audienz, wieder eine Heine Verbeugung, und die Zeremonie war zu Ende. Ein Stenograph stand nahe beim Kaiser. Als wir die Abend-

\*) Das Wort unseres Kameraden Hue enthält auch die Geschichte des Bergarbeiterstreiks in Nieder-Sachsen 1889. Sachsen 1870, im Ruhrgebiet 1872 und 1877, im Saargebiet 1892/93, sowie die Schilderung der Massenstreiks 1889, 1905 und 1912. Das Wort ist für jeden Arbeiter, der sich über die Kampf- und Organisationsbestrebungen unserer Pioniere und Retorten unterrichten will, unentbehrlich. Es darf nicht ohne weiteres als „Bergarbeitergeschichte“ angesehen werden. Der Preis ist 1 Mark. Die Bücher sind in allen Buchhandlungen zu bekommen. Die Verlagsadresse ist: Otto Hue, Berlin, Unter den Linden 10.

welch - eine allgemeine Lohnerhöhung in bestimmter prozentualer Höhe für den Bergarbeiter vorzunehmen und deshalb...

Die Bergleute piffen auf das „beanspruchte volle Vertrauen“ der Bechenherren, sie fäkten diese Erklärung als eine direkte Verhöhnung auf und anstieß dem Streik...

Das Berliner Protokoll und das Verprechen der Bechenbesitzer.

Die Bergarbeiterdelegierten Schröder, Bunte und Siegel (siehe über die Kaiserdeputation den besonderen Artikel in dieser Zeitung) trafen sich in Berlin mit dem Vorsitzenden des rheinisch-westfälischen Bechenbesitzervereins...

- 1. Die Verwaltung der Steinkohlegruben im Oberbergamtsbezirk Dortmund sollen sich verpflichten, ihre Bergleute hinsichtlich der normalen achtstündigen Schicht hinaus nicht arbeiten zu lassen.
- 2. Ueberschichten können ausnahmsweise dann stattfinden, wenn zur Sicherheit des Bergwerks oder zur Sicherung von Bergleuten bringliche und unaufschiebbare Arbeit geboten ist.

§ 9. Den Bergleuten soll wegen der gegenwärtigen Arbeitsbedingungen nach Wiederaufnahme der Arbeit keinerlei Nachteil seitens der Grubenverwaltungen zugefügt werden.

Ludwig Schröder, Friedrich Bunte, August Siegel, Dr. Hammacher.

Sammache war ein Herrenmensch, das hat er vielfach in seiner Eigenschaft als Führer der Bechenbesitzer bewiesen. Aber im Vorstand des Bechenbesitzervereins, der damals aus den Herren Dr. Hammacher, H. Feinmann, E. Krabler, Bonner...

- 1. Die normale Dauer der Schicht unter Tage ist 8 Stunden, und es soll streng darauf gehalten werden, daß diese Zeit vom Ein- bis zur Ausfahrt bis zum Beginn der Ausfahrt nicht überschritten wird.
- 2. Ueberschichten können ausnahmsweise stattfinden, wenn zur Sicherheit des Bergwerks oder zur Sicherung von Bergleuten dringliche und unaufschiebbare Arbeit geboten ist.

- 1. Die unterzeichneten Bergleute erklären, daß sie bei Wiederaufnahme dieser Arbeit seitens des Vorstandes des Vereins für die bergbaulichen Interessen ihren ganzen Einfluß dahin geltend machen werden, daß sofort seitens der ausländigen Bergleute die Wiederaufnahme der Arbeit erfolgt.

Sieht man von den Arbeiterausschüssen ab, so enthält die Erklärung der Bechenbesitzer vom 18. Mai, wenn auch anders formuliert, die wesentlichsten Abmachungen des Berliner Protokolls. Allerdings ist die Fassung mancher Sätze der Erklärung so unbestimmt gehalten, daß eine arbeiterfeindliche Auslegung möglich war.

Als am 21. Mai die Belegschaften, an ihrer Spitze die Schichtdelegierten, wieder zur Arbeit antraten, erfuhren sie sofort, daß eine ganze Reihe Bechenverwaltungen die Zugeständnisse nicht bewilligten und es erfolgten auch gleich Maßnahmen.

Das Berliner Protokoll bzw. die Erklärung der Bechenbesitzer dazu, ist ein höchwichtiges Dokument, weil es beweist, daß die Grubenbesitzer das Vertragsbruch der Bergleute bei den späteren Streiks keine Rede sein kann!

Die Zentrumsprelle im Wandel der Zeit. 1889.

Der Märzstreik 1912 wurde von der ultramontanen Presse als „das Werk der Sozialdemokratie“, als „eine Kraftprobe der roten Internationalen“ beschrien; eine wahre Sintflut von „Terrorismussäcken“ der Streikenden wurde erfunden...

Der wichtigste Unterschied zwischen dem Berliner Protokoll und der Bechenbesitzererklärung vom 18. Mai ist die in letzterer erfolgte Ablehnung des Ausschusses von Vertrauensmännern (Arbeiterausschuß). Selbst diese ziemlich harmlose Arbeitervertretung ging den stolzen Bechenherren „zu weit“.

Legt, was ich gesagt habe. Sucht auf eure Kameraden einzumilken, daß dieselben zur Ueberlegung zurückkehren. Vor allem aber dürft ihr unter keinen Umständen solche von euren Kameraden, welche die Arbeit wieder aufnehmen wollen, daran hindern.

Der Kaiserworte beweisen, daß der Monarch bereits in der einseitigsten Weise vom Bechenbesitzerstandpunkt informiert war. Er kannte nur kontraktbrüchige Arbeiter, keine kontraktbrüchigen Bechenverwaltungen.

# Erinnerungen an die Streifbewegung im Jahre 1889

## Der Kampf im Ruhrrevier.

Während die Arbeiter in den Jahren 1885-1888 den Kampf um die Anerkennung der Arbeiter als freie Gewerkschaften führten, so hat die Unterwelt, der Grubenbesitzer, sich zum ersten Male in seinen Schmachtschrei genötigt, während das Unternehmertum sich mit beherrschender Unterdrückung zu machtvollen Vereinigungen zusammengeschlossen hatte. Was man mit ihm die Schmachtschrei in allen bürgerlichen Parteien glaubten und hofften, durch Aufrechterhaltung des Sozialistengesetzes die Grubenbesitzer politisch zu unterstützen und damit jeden größeren Ausbruch zu verhindern. Galt die Gewerkschaften hoch bei allen Arbeiterfeinden nur als Streifvereine. Ohne diese Streifvereine waren nach ihrer Meinungspolizei keine Streiks möglich, keine zu beschließen und nun schlug der Grube der Unterwelt ganz plötzlich diese Weisheit in Scherben! Von den 108 000 Ruhrbergarbeitern traten in den Mattagen 1889 an 100 000 in den Ausbruch, ohne Organisation, und zertraten mit ihren schweren Bergmannsstocken im Waffenschnitt die Maßstäbe des Sozialistengesetzes. Allen politischen Schranken zum Trotz gerissen die damals durchaus patriotisch gesonnenen Ruhrbergleute das Schandgesetz, erzwangen durch ihren Massenauftritt die Gesetzgebung, sich der Arbeiterverhältnisse mehr anzunehmen, als das bis dahin geschehen war. In diesem Sinne haben die Knappen ihren Streikkampf nicht allein für den Bergmannsstand geführt, sondern sie haben gekämpft für Recht und Freiheit der gesamten deutschen Arbeiterklasse.

Der Streik brach am 4. Mai, ganz plötzlich und unerbittlich, wie die Unternehmer und die Regierung nachher behaupteten, auf den Hiberniaschächten bei Gelsenkirchen aus und griff mit Windeseile gleich einer großen Feuersbrunst bald über das ganze Revier über, wozu das sofortige Eingreifen des Militärs, das am 5. Mai im Streikgebiet aulangte, wesentlich beigetragen hat. Die Grubenbesitzer waren von dem Ausbruch dieses Hiberniaschächtes ganz überrascht, denn nach ihrer Meinung hatten die Bergleute keinerlei Ursache, mit ihrem Los unzufrieden zu sein, noch waren den Bechenverwaltungen besondere Klagen und Wünsche der Belegschaft bekannt. Es ist auch von der Unternehmerpresse und selbst im Landtag von den Werksverwaltern, besonders dem Dortmunder Oberbürgermeister und Grubenaktionär Schmidt in, darüber gespottet worden, die Bergleute hätten gestreikt, ohne zu wissen warum. Nichts ist falscher als das, nur das eine ist richtig, man hat es den Belegschaften unmöglich gemacht, ihre Bewegung systematisch vorzubereiten und zu organisieren. Die Lohnverhältnisse waren äußerst miserabel, der Durchschnittslohn stand 1888 auf 2,69 Mk., und selbst die Rheinisch-Westfälische Zeitung, der man 100 Lohnbücher von Beche-Prospekt eingehandelt hatte, mußte zugestehen, daß von 76 Lohnbüchern der geringste Verdienst pro Schicht auf 1,78, der höchste auf 4,11 Mk. stand. Nach Abscheiden derjenigen Lohnbücher mit unter 2 Mk. Spätschicht blieben noch 67 Bücher übrig, und für diese, also alles erwachsene Bergarbeiter, ergab sich dann ein Durchschnittslohn von 2,62 Mk. So haben die „ältesten Löhne“ aus für die sich die Knappen oft 12-14 Stunden im Schicht abmühen mußten, wozu noch die vielen Grobheiten kamen, die die Beamten sich gegen sie und nicht selten auch ihre Familienangehörigen erlaubten.

Den Kameraden fehlte 1889 im ganzen Ruhrgebiet fast jede Versammlungsmöglichkeit, so daß sie sich über ihre Lage nicht gemeinschaftlich unterhalten, noch verständigen konnten, aber dennoch hatten sie ihre Forderungen lange vorher eingereicht, so daß es von den Werkschefs allein abhing, ob es zum Kampfe kommen mußte. Schon am 10. März fand in Essen eine große Bergarbeiterversammlung statt, in welcher unser Kamerad Ludw. Schröder für den Zusammenschluß aller Bergarbeiter sprach und dabei betonte: „Wenn wir einzig sind, brauchen wir nicht zu streiken, dann erhalten wir auch so etwas.“ Dann fand am 8. April wieder eine Massenversammlung in Essen statt, in der wiederum Schröder sprach und zwar über die beabsichtigte Eingabe an die Reichsbesitzer, wobei er jedoch entschieden davon abriet, die Verbesserung des Bergarbeiterstandes durch gewalttätige Mittel, durch einen Streik erzwingen zu wollen; wer zu einem Streikrate, sei kein Freund des Bergarbeiters.“ Der später so viel verächtelte, so bitter gehäßte und so weitend verfolgte Organisator der Ruhrbergleute wolle

den Streik nicht, sondern erst die richtige Organisation, durch die er hoffte, ohne Kampf, d. h. ohne Streik die Lage des Bergarbeiters zu bessern. Es kam anders, teils durch die Schuld der Bergarbeiter, die den Mahnruf zur Einigkeit nicht befolgten, deshalb keine Macht darstellten, die das Unternehmertum zum friedlichen Verhandeln gezwungen hätte. Die Versammlung am 8. April nahm folgende Eingabe an die Bechenverwaltungen an:

1. Aufhebung der Schicht durch einen 10prozentsigen Zufuß für alle Bergarbeiter. 2. Abschaffung der Ueberproduktion durch die zu lange Arbeitszeit: a) der Ueberarbeit von vier bis fünf Stunden über ganzen Schichten und somit b) Einführung der zurzeit üblich gewesenen achtstündigen Schicht, einschließlich Ein- und Ausfahrt. Des weiteren glauben wir darauf hinweisen zu dürfen, daß in sanitärer und in anderer Hinsicht die Vergleute ein Interesse haben an guter und gesunder Vetterführung; an Erziehung eines möglichst von Wind und Wetter geschützten Ganges von der Krone bis zum Schacht; an die Lieferung des Holzes bis in die Grube usw. Hiermit erlauben wir uns, die Wünsche resp. Forderungen der Vergleute einem wohlwollenden Grubenvorstand vorzutragen. Dessen freibleibende Lösung erwartend, zeichnet im Namen der Vergleute das am 10. März in der Bergmannsversammlung zu Essen geschätzte Komitee.

Dieses Komitee, Weber, Bochum, Bunte, Dortmund, Brodam, Gelsenkirchen, Dickmann, Heddendorf, Michelson, Essen, existierte für die Grubenbarone selbstständig, nicht, und folgedessen gingen ihnen die Forderungen nichts an. Das Komitee wurde als „anonym“ bezeichnet, als ob es auf dem Wunde lebte, die Forderungen erklärten nicht und dennoch gab es für die Bergarbeiter keinen anderen gangbaren Weg, ihre Wünsche gemeinschaftlich vorzutragen, als durch ein solches Komitee, Arbeiterausschüsse, Schachtdelegationen, Organisationen, gab es nicht, blieb nur die einzige Möglichkeit, eine Kommission zu wählen und diese vorzuschicken. Sätten die Grubenbesitzer den Frieden gewollt, dann hätten sie mindestens dem Komitee auf seine Eingabe geantwortet. Nicht einmal einer Antwort wurden die Bergarbeitervertreter gewürdigt, im Gegenteil, sie wurden förmlich zum Kampf herausgefordert, und so brach dann das Verhängnis mit elementarer Gewalt über das Revier herein.

Die Essener Forderungen vom 8. April blieben nach dem Ausbruch des Streiks keineswegs Gemeingut aller Vergleute, sondern die einzelnen Belegschaften stellten vielfach besondere, unabhängige Forderungen auf. So stellte z. B. die Belegschaft der Hiberniaschächte am 8. Mai in einer Belegschaftsversammlung in Gelsenkirchen folgende Ergänzungsforderungen: Lohn-erhöhung um 15 Prozent, Durchschnittslohn für Hauer nicht unter 3,20 Mk., für Schöpfer nicht unter 2,80 Mk., und für die Pferdetreiber nicht unter 2,40 Mk.; Nachmittagslohn einschließlich Ein- und Ausfahrt; Stillung der Kohlenwagen bis zum Strichmah; Streidung von höchstens 10 Wagen pro Schicht für die ganze Belegschaft zur Nachfüllung; Lieferung des Holzes bis zur Bränne; Befreiung des Gehlages am 1. und 15. eines jeden Monats; Zulässigkeit der Strafen seitens der Steiger bis höchstens 0,25 Mk.; Nachweis der Strafen; Wegfall der Ueberprüfungen und Arbeitsbeginn an Sonntagen um 11 Uhr abends.

Unter diesen Forderungen stand kein „anonymes“ Komitee, sondern die gesamte Belegschaft, aber für die Bechenverwaltung war die Belegschaft doch nur Betriebsmaterial, ein Objekt, das zum Rohmaterial gegährt wird, beileibe nicht Subjekt, das über die Arbeits- und Lohnverhältnisse mit zu bestimmen hatte. Der Herr-im-Haus-Standpunkt mußte unter allen Umständen gemehrt werden, und so durften auch diese und ähnliche Belegschaftsforderungen nicht bewilligt, den Fordernden nicht geantwortet werden. Die Grubenbesitzer fühlten sich als die Herren, und welsch „berühmender“ Geist sie beherrschte, das ging am deutlichsten aus den Worten des Bochumer Staatsanwalts und Grubenaktionärs Schulte-Wellinghausen hervor: „Weshalb habt Ihr eigentlich gestreikt? Meint Ihr, die Grubenbesitzer wären so gut bestellt, um eure Forderungen erfüllen zu können? Mein Vater ist auch Grubenteilshaber, ich weiß daher, wie es damit bestellt ist. — Was, so soll ich noch länger reden! Einer von Euch hat gesagt: „Wir sind Herren der Situation!“ Nein, wir sind Herren der Situation. Wer nicht will, wie wir wollen, den lassen wir einfach niederstrecken! Herr Kommissar, führen Sie die Leute ab!“ So sprach der Vertreter der „objektivsten Behörde“ als Angehöriger der Grubenbarone zu den armen Bergarbeiterdelegierten, die ihren Frauen und Kindern ein größeres Stückchen Brot erstreiten wollten. Wer nicht so will, wie wir wollen, den lassen wir einfach niederstrecken, und in der Tat krachten am 8. und 9. Mai die Gewehrsalven der steigreichen Arme von Düppel, Königgrätz und Sedan, und im Blute wälzten sich Knappen und geschlagene Arbeiter „innere Feind“ auseinander! Vor der Beche Graf Moltke bei

Gelsenkirchen sammelte sich am 8. Mai in aller Frühe eine große Anzahl Streikender an, die von der Polizei mit blanker Waffe auseinandergetrieben wurde, jedoch nicht schnell genug wich, welsch halb Militär mit gefülltem Bajonett im Sturmschritt herorkrakte. Der blutjunge Gefonleutnant v. Straßlenhor gab Befehl zum Schießen. Eine Salve krachte dröhnend, drei Tote und vier Schwererwundete wälzten sich in ihrem Blute.

„Sagelicher Anblick, wie erschreckend lag es für einen Moment auf der Menge“, schreibt Ingenieur Dummelmann diese Szene, „dann aber brach dieselbe in einen unbeschreiblichen, vergeblich vergeblichen Aufruhr aus, dessen erster Effekt eine vorwärtsstrebende Bewegung war, welche sich schien, die aber durch die mit gefüllten Bajonetten ruhig bestehende Soldatenlinie beeinflusst wurde. Es trat der Mischschlag ein: die Arbeiter flohen auseinander.“

Am 9. Mai verweigerte die Mittagschicht auf 3000 Schläs wäg die Anfahr, worauf zunächst eine ruhige Auseinandersetzung zwischen dem Betriebsführer Steinweg und den Vorkühren der Arbeiter folgte, die aber zu keinem Resultat führte. Die Leute schickten sich schon an, ruhig nach Hause zu gehen, worauf es plötzlich zum Streit und Handgemenge zwischen den Streikenden und den Steigern Dietrich und Bergmann kam, von denen ersterer schwer zugerichtet wurde. Zu Anruf riefte das Militär sofort der Extrazug von Sördo zur Beche Schleswig ab, wo zwar längst alles wieder ruhig war, die Leute sich bis zum Bahndamm zurückgezogen hatten, wo sie jedoch in zwei Kolonnen zusammenstanden. Der Befehlshaber, Leutnant Bape, duldete keine „Zusammenrottung“, gab Befehl zum Auseinandergehen, ließ einen Trommelwirbel schlagen und kommandierte: „Gewe!“ Eine Salve krachte, die Wirkung war fürchterlich: zwei Männer und eine Frau lagen getötet am Boden, während sechs Personen, darunter ein vierjähriges Kind, als Schwerverletzte sich im Blute wälzten! In demselben Abend krachten auch am Bahnhof zu Bochum die Flintenschüsse und Bürgerluft floh im Innstein. So wurden bis dahin bis auf die Knochen fähigste, vaterlandsliebende Vergleute, die jede Versammlung mit einem brausenenden Hoch auf den Kaiser eröffneten und schlossen, „beschützt“ in ihrem Kampf gegen das Bechenkapital.

Am 11. Mai veröffentlichte der Vorstand des Vereins für die bergbaulichen Interessen folgende Erklärung:

1. Die seit Anfang dieses Monats im Gange befindlichen Arbeitseinstellungen auf den Steinkohlengruben des niederrheinisch-westfälischen Bergbaureviere, welche sich nimmere auf bereits mehr als dreiviertel aller Werke erstrecken, sind ausnahmslos ohne vorherige Kündigung des Arbeitsvertrages erfolgt, beruhen deshalb in ihrem Ausgange auf ungesetzlichen Boden.

2. Die durch die Versammlungen der Bergarbeiter und auf anderem Wege zur Kenntnis der Grubenverwaltungen gebrachten Anträge und Beschwerden der Arbeitsausführenden rechtfertigen das ungesetzliche Vorgehen der letzteren nicht. Es kann auch nicht zur Entschuldigung behauptet werden, daß in der wirtschaftlichen Lage oder in der Ordnung unseres Reiches Mißstände vorlägen, unter deren Druck bestimmte Männer zur sofortigen Niederlegung der Arbeit Anlaß gehabt hätten. In seinem Bergwerksbesitz des europäischen Festlandes besteht keine kürzere Arbeitszeit als in unserem Bergrevier. Diefelbe ist vielmehr überall, insbesondere auch auf den staatlischen Steinkohlengruben Preußens, erheblich länger, als bei uns. Auch die Höhe unserer Vergelöhne übersteigt die aller deutschen Steinkohlengruben, einschließlich der staatlischen. Die beim Reichsversicherungsamt aufgestellte Nachweisung über den Berufs-gesellschaftlichen Befähigen arbeitsfähigen Böfne ergibt für die die staatlischen Bechen des Oberbergamtsbezirks Dortmund umfassende Sektion II der Knappschaf-Berufsgesellschaft einen Durchschnittslohn von 910,28 Mk., während der Durchschnittslohn der Bergarbeiter im Deutschen Reich nach derselben Nachweisung nur 777,86 Mk. beträgt. Während des laufenden Jahres hat auf den bei weitem meisten Gruben eine weitere Steigerung stattgefunden und es lag in der vielen Vergelöuten bekannten Absicht der einzelnen Verwaltungen, hiermit fortzufahren. Diese Absicht fand ihren wesentlichen Stützpunkt in der nach jahrelangem Darzuleistungen im Jahre 1888 begonnenen Aufbesserung der Kohlenpreise und deren Zusammenhang mit der Verbesserung der Lage der Arbeiter.

3. Die älteren und erkrankten Vergleute vertrauten deshalb mit Grund der naturgemäßen Entwicklung der Lohnverhältnisse und der Verftändigung mit der Verwaltung der einzelnen Bechen. Sie sind vorwiegend nur durch die Aufhebungen und Drohungen jüngerer Arbeiter in den Strom der Bewegung hineingezogen worden.

4. Im Interesse der zukünftigen Entwicklung der Arbeitsverhältnisse innerhalb des Bezirks und zur Wahrung der festen Grundlagen, auf denen dieselben beruhen müssen, könnten wir in dem uns jetzt von der Arbeitern unendlich aufregenden Kampf schließlich die Mächterverhältnisse entscheiden lassen. Wir erwägen jedoch die ungewöhnlich ernsten Folgen, welche die längere Fortdauer der Arbeitseinstellung nicht nur für unseren Bezirk, sondern auch für die weitesten Kreise des Vaterlandes hat und erklären deshalb rüchthellos, daß jede einzelne Grubenverwaltung unseres Bezirks bereit und ernstlich entschlossen ist, den Arbeitern, wenn sie die Arbeit wieder aufgenommen haben werden, erhöhte Löhne zu bewilligen. Es ist unmöglich und widersinnig — wie jeder Bergmann

## Kaiser Wilhelm II. und die Bergarbeiter-Deputation 1889.

Die Spannung während der Streiklage im Mai 1889 erreichte ihren Höhepunkt, als bekannt wurde, der Kaiser werde in Berlin eine Deputation der Ruhrbergleute empfangen. Als Vermittler soll der normale Erzherr Wilhelm II., der damals in Wiesbaden lebende Gemahl Dr. Singspiel, gebildet haben. Singspiel ist bis über das Grab hinaus von der Schmachtschrei besetzt und offen anerkennend worden, ein Strenggeiziger für den Verthorbenen.

Am 14. Mai empfing der Kaiser in Berliner Schloße die drei Vergleute Ludwig Schröder, Friß Bunte (verstorben) und August Siegel, die drei „Kaiserdelegierten“, wie sie von da an genannt worden sind. Otto Hue hat im zweiten Bande seiner Bergarbeitergeschichte \*) der Kaiserdeputation eine ausführliche Darstellung gewidmet, die wir nun folgen lassen:

Am 9. Mai fand in Dortmund eine große Streifversammlung statt. Der Siedlingher, Herr Schemann, ein „Antisemit“, sagte zu mehreren Belegschaftsdelegierten, wenn der Kaiser wüßte, wie es uns geht, der würde den Bergleuten schon helfen.“ Das Wort wurde sofort angenommen. Die Versammlung begrüßte mit Jubel den Antrag, eine Kaiserdeputation zu wählen. Auf die Frage, wer hinüber soll, rief die Versammlung wie aus einem Munde: Bunte, Schröder, Siegel! Wir wissen, daß diese drei als Knappenvereinsführer seit Jahren im Revier wehrsam waren. Es ist später gelang worden, die Sozialdemokraten hätten sie nicht zum Kaiser geben dürfen: sie haben den Kaiser belogen.“ Siegel schreibt uns, es sei demgegenüber unmöglich gewesen, die Wahl abzuschließen, weil alles darauf anlangt, Zusammenhang in die organisatorische Rasse zu bringen. Die drei Gewählten befanden im höchsten Maße das Vertrauen der Vergleute, ihre dirigierende und beruhigende Tätigkeit wurde auch von der Zentrumspresse anerkannt. Es ist später viel von einer Verschleierung der sozialdemokratischen Ueberzeugung seitens der Kaiserdelegierten gefabelt worden. Teils geschah es aus Unkenntnis, meistens aber bewußt zum Zweck der Arbeiterverwirrung. Das namentlich Schröder auch öffentlich kein Wort aus seiner sozial-

nischen Gesinnung gemacht hatte, wissen wir aus der Bewegung von 1877/78. Dem Zentrumsführer Lambert Lenking, der sich eifrig um das Zustandekommen der Kaiserdeputation bemühte, war Schröders Parteistellung zweifellos bekannt, wenn Lambert auch hinterher in der „Tremonia“ und in seiner Streifbrochure diesen Teilbestand zu verbunkeln verjucht! \*) Auch Tölde, dessen enge Freundschaft mit Schröder, Siegel und Bunte wahrhaftig kein Geheimnis war, wurde gefragt, wie er sich zu der Deputation stelle. Tölde sagte: „Geht nur hin nach Berlin, sonst kriegen wir doch noch den Belagerungszustand.“ Auch dies Moment ist beachtenswert. Schröder sagte uns, als die Kameraden ihn wählten, obgleich er seit 15 Jahren Sozialist war, da habe er es als seine Pflicht als Veremann angezogen, vor dem Kaiser im Namen der Kameraden zu sprechen. Wie die ganze Streifbewegung mit keiner Parteiparole zusammenhing, so sei auch die Kaiserdeputation als eine rein bergmannische Angelegenheit behandelt worden. Dem kann ernstlich nicht widersprochen werden. Wie Schröder, so hat auch Lenking damals die Kaiserdeputation keineswegs als eine politische Parteiangelegenheit betrachtet, andernfalls hätte er sicher auf eine andere Zusammenziehung der Deputation hingewirkt. Erst später, als die Zentrumsparteiführer bemerkten, daß die Karze nicht nach ihrem Wunsche lief, haben sie sich als die von Schröder und Genossen Gefährdeten aufgespielt.

\*) In charakteristischer Weise ließ sich Lenking in der „Tremonia“ (Dortmund) vom 31. Mai über Schröder aus. Die Rhein-Westfälische Zeitung hatte mitgeteilt, Schröders 1875 geborene Tochter sei auf den Namen Kassaline getauft, ein Beweis für die „sozialistische Gesinnung des Kaiserdelegierten“. Dazu schrieb die „Tremonia“, das benennungstheoretische Vorgehen der Rhein-Westf.-Ztg. sei geradezu etelchzig. Ist denn der politische Standpunkt, den jemand vor 15 Jahren angenommen hat, für seine jetzigen Verhandlungen maßgebend? Veremann Schröder hat sich in der ganzen Bewegung maßvoll und friedlich benommen. Er hat das volle Vertrauen seiner Kameraden verdient. Die geirrige Demagogie der „Rhein-Westf.-Ztg.“ gegen den Bergmann Schröder beweist ebenfalls nichts für dessen angebliche sozialdemokratische Gesinnung. Das alte Kohlenblatt sagt nämlich: Daß Schröder am 21. November 1878 seinen Austritt aus der evangelischen Landeskirche am Gericht erklärt hat. Wieviel Demokraten, Freisinnige und Sozialdemokraten haben dasselbe getan? Wenn alle dieartigen Protestanten, welche sich in ihrem Innern längst von der Landeskirche losgelöst haben, Sozialdemokraten wären, dann sähe es wirklich noch schlimmer aus, wie es heute ausseheth. Es ist doch eher, offen zu sagen, daß man mit der Kirche nichts zu tun haben will, als äußerlich namentlich in den sogenannten höheren Kreisen. Nicht über gesagt, aber Lenking hat in der Streifbewegung häufig mit Schröder persönlich verhandelt, daß über dessen sozialistische Gesinnung bei einem Manne wie Lenking kein Zweifel bestehen konnte. Schröder war 1889 noch

Bei den Vorbereitungen für die Berliner Reise half vorzüglich Lenking mit Rat und Tat. In seinem Redaktionszimmer haben wiederholt Besprechungen der Streikleiter stattgefunden, an der einen oder anderen war auch der der Zentrumsparthei angehörende oder mindestens nachsehende Bergarbeiterdirektor Tillmann beteiligt. Am 11. Mai kam die telegraphische Nachricht, der Kaiser sei geneigt, die Deputation zu empfangen. Die Reisefolgen wurden bei Geschäftsleuten gesammelt, Bahnhof und erkundigte sich angelegentlich, ob sie wohlbesorgt seien. In Berlin angekommen, nahm sich ihrer ein Mitglied des parlamentarischen Zentrumsforensenbureaus an. Gegenüber der Nachricht der freisinnigen „Berliner Volkszeitung“, Schröder, Siegel und Bunte seien brieflich an die sozialdemokratische Fraktion empfohlen worden, erklärte die „Tremonia“ (27. Mai), daß sei nicht von den Delegierten, sondern ohne ihre Zustimmung, von einem hiesigen Führer (Tölde) der Sozialdemokraten“ geschähen. In Wirklichkeit seien die drei von einem Herrn aus der Zentrumspresse am Bahnhof in Berlin „auf unsere Beerdächtigung“ in Empfang genommen worden. Dieser Herr habe Schröder und Genossen mit den freisinnigen Abgeordneten Schmidt-Eberfeld und Daumbach in Verbindung gebracht. Man sieht auch hieraus, welche intimen Beziehungen die Zentrumsführer zu den befaßtesten Streifühnern unterhielten. Und da sollte ein so gewisser Politiker wie Lenking Schröders Parteigestimmung nicht gekannt haben? Schröder hätte sich nur im Interesse der Arbeiter, daß man ihn eine parteipolitische Ausnützung der Streifbewegung anhängen konnte, und tat recht daran. Wir können bestreiten, daß die Kaiserdelegierten sich sorgsam hüteten, während ihres Berliner Aufenthaltes mit Vertretern der sozialdemokratischen Parthei oder Reichstagsfraktion in Verbindung zu kommen. Sie taten eben alles, um den angedrohten Belagerungszustand — auf Grund des Sozialistengesetzes — fernzuhalten. Ein sehr löbliches Bestreben, das freilich den Bechenpartheien nicht in den Kram paßte.

Am 14. Mai wurde die Bergarbeiterdeputation zum Kaiserhof „befohlen“. Wir übergeben die amüsante Beschreibung des steifen Hofzeremoniells (Siegel, der sich uns vor Jahresfrist mitteilte, hat sich davon eine sehr lebhaft Erinnerung bewahrt) und stellen fest, daß die ganze Audienz nur wenige Minuten dauerte. Die Arbeitervertreter konnten keine informierende Scharakterisierung geben: Der Kaiser erschienen, als wir im Saale standen, er sah sehr finster aus. Einer der Hofherren hatte uns gesagt, die ganze Sache dürfte nur zehn Minuten dauern, in dieser Zeit müsse der Kaiser auch gesprochen haben. Nur einer von uns büßte sprechen, aber recht laut, Majestät Höre schwerm. Als der Kaiser eintrat, verniechten wir uns, unsere Müden waren zu steif für eine tiefe Verbeugung. Er sprach uns begrüßend an und fragte: „Was ist euer Wunsch?“ Darauf sprach Schröder: „Nun sprach der Kaiser scharf und laut.“ Dann bebaßte sich Schröder für die Audienz, wobei eine kleine Verneigung, und die Zeremonie war zu Ende. Ein Stenograph stand nahe beim Kaiser. Als wir die Abend-

\*) Das Werk unseres Kameraden Hue enthält auch die Geschichte des Bergarbeiterstreiks in Niederlochen 1889, Sassen 1870, im Ruhrgebiet 1872 und 1877, im Saargebiet 1882/83, sowie die Geschichte der Waffenschnitts 1889, 1905 und 1912. Das Werk ist für jeden Arbeiter, der sich über die Kämpfe und Organisationsbestrebungen unserer Väter und Väterchen unterrichten will, unentbehrlich. Es ist bei den Bergarbeitern in der Provinz und im Ausland zu haben. Der Preis beträgt 1 Mk. 50 Pf. Alle Buchhandlungen und Buchhändler nehmen Bestellungen an.

welt — eine allgemeine Lohnerhöhung in bestimmter prozentualer Höhe für den Bergarbeiter vorzunehmen und deshalb sinnlos, eine solche zu verweigern. Wir beantragen aber für unsere flechtliche Lohnerhöhungsanfrage das volle Vertrauen, welches dem Ernste und den Samtsergeleiteten der Lage entspricht.

5. Was das Verlangen, die zuzeit 8 Stunden unter Tage betragende Arbeitszeit abzukürzen, betrifft, so entbehrt dasselbe jeder sachlichen Begründung.

Die Vergleute piffen auf das „beanspruchte volle Vertrauen“ der Besenherren, sie sahen diese Erklärung als eine direkte Verhöhnung auf und anstatt dem Streik Abbruch zu tun, belebte sie den Zustand. Während am 9. Mai erst 89 748 Kameraden streikten, stieg die Zahl bis zum 14. auf über 90 000 und hielt sich bis zum 20. Mai auf über 70 000. Gerade die Zentrumspresse war es, die den Versprechungen des Vorstandes „des sehr wenig berühmten Bergbau-Lichen Vereins“ das größte Mißtrauen entgegenbrachte und somit die Vergleute in ihrem schon vorhandenen berechtigten Mißtrauen noch stärkte. Dieselbe Zentrumspresse, zum Teil sogar dieselben Zentrumsjournalisten waren es, die 1912 so kühn und bestimmt versicherten, die Vergleute könnten den Versprechungen der Besenherren, nicht einmal den Besenherren, vollen Glauben schenken. Die „Christlichen“ Bergarbeiter glaubten 1912, der Zentrumspresse und Besenherren und stießen sich mächtig herein.

## Das Berliner Protokoll und das Verprechen der Besenbesitzer.

Die Bergarbeiterbelegierten Schröder, Bunte und Siegel (siehe über die Kaiserdeputation den besonderen Artikel in dieser Zeitung) trafen sich in Berlin mit dem Vorsitzenden des rheinisch-westfälischen Besenbesitzervereins, Reichstagsabgeordneter Dr. Friedrich Hammacher. Der Zentrumsführer Abg. Dr. Ludwig Windthorst und die freisinnigen Abgeordneten Schmidt-Eberfeld und Baumbach führten die Besprechung herbei. Das Resultat der sehr eingehenden Besprechung war das berühmte Berliner Protokoll, das in den späteren Streitigkeiten zwischen Arbeit und Kapital im Bergbau eine große Rolle spielte. Es hat folgenden Wortlaut:

„Geschehen Berlin, den 18. Mai 1889.

Nachdem an dem gestrigen Tage die von Seiner Majestät dem Kaiser empfangene Deputation der Vergleute auf den Eisenbahnen im Oberbergamtsbezirk Dortmund, bestehend aus den Unterzeichneten, mit Reichstagsabgeordneten über den gegenwärtigen Zustand Rücksprache genommen hatte, wurde auf Wunsch der Vergleute der Herr Reichstagsabgeordnete Dr. Hammacher ersucht, an einer diesbezüglichen Besprechung teilzunehmen. Herr Dr. Hammacher kam diesem Wunsche nach.

Die Verhältnisse wurden in der eingehendsten Weise erörtert. Die Vergleute brachten ihre Beschwerden und Wünsche ausführlich zur Sprache. Nachdem nun heute die Angelegenheit nochmals erörtert worden war, formulierten die Vergleute, nämlich Friedrich Bunte aus Dortmund, Heide Weisfalia, Ludwig Schröder aus Dortmund, Heide Kaiserstuhl, August Siegel aus Dörfels, Heide Bollern, ihre Wünsche gegenüber dem Herrn Reichstagsabgeordneten Dr. Hammacher, dem Vorsitzenden des Vereins für die bergbaulichen Interessen im Oberbergamtsbezirk Dortmund, schriftlich dahin:

1. Die Verwaltung der Eisenbahnen im Oberbergamtsbezirk Dortmund sollen sich verpflichten, ihre Vergleute künftig über die normale achtstündige Schicht hinaus nicht arbeiten zu lassen.
2. Ueberstunden können ausnahmsweise dann stattfinden, wenn zur Sicherheit des Bergwerks oder zur Sicherung von Bergleuten dringende und unaufschiebbare Arbeit geboten ist.
3. Soll in Fällen außerordentlicher Geschäftsführung in Ueberstunden gearbeitet werden, so kann dies nur auf Grund einer vorgängigen Verständigung zwischen der Grubenverwaltung einerseits und einem Ausschuss von Vertrauensmännern der betreffenden Belegschaft andererseits.
4. Dieser Ausschuss wird alljährlich von der Belegschaft in freier Wahl selbständig gewählt, und zwar von denselben Vergleuten der Belegschaft, welche das 25. Lebensjahr vollendet haben.
5. In die achtstündige Normalschicht wird die Einfahrt wie die Ausfahrt nicht mit eingerechnet. Die Einfahrt wie die Ausfahrt sollen in der Regel jeweils nicht länger als eine halbe Stunde dauern. Jedemfalls sind Einfahrt und Ausfahrt so zu ordnen, daß der Bergmann nicht länger als acht Stunden unter Tage bleibt.
6. Der Verein für die bergbaulichen Interessen im Oberbergamtsbezirk Dortmund möge dafür eintreten, daß nach Erfüllung der vorstehenden Wünsche die Witve der Vergleute, unter Rücksichtnahme auf die ständige Steigerung der Kohlenpreise, in angemessener Weise ersetzt werden.
7. Die unterzeichneten Vergleute sprechen das Vertrauen aus, es werde der Verein für die bergbaulichen Interessen im Oberbergamtsbezirk Dortmund dafür sorgen, daß die Grubenverwaltungen dem Bergarbeiter durch die Form und Fassung der Abrechnungen in seinem Fortkommen nicht hinderlich sind.
8. Die Vergleute halten es für zweckmäßig, daß dem Bergmann für Pulver, Del und Gezüge nur der Selbstkostenpreis seitens der Grubenverwaltungen in Anrechnung gebracht wird, statt daß ein dabei erzielter Gewinn für den Unterstützungsfonds der Vergleute Verwendung findet.

§ 9. Den Vergleuten soll wegen der gegenwärtigen Arbeitsverhältnisse nach Wiederaufnahme der Arbeit keinerlei Nachteil seitens der Grubenverwaltungen zugefügt werden.

§ 10. Die unterzeichneten Vergleute erklären, daß sie bei Annahme dieser Wünsche seitens des Vorstandes des Vereins für die bergbaulichen Interessen ihren ganzen Einfluß dahin geltend machen werden, daß sofort seitens der ausständigen Vergleute die Wiederaufnahme der Arbeit erfolgt.

Der Reichstagsabgeordnete Dr. Hammacher erlennt in diesen Beschlüssen das Ergebnis einer eingehenden, allseitig von dem ersten Schritte nach sofortiger Beseitigung des Ausstandes getragenen Verhandlung, bei welcher die anwesenden Deputierten der Bergarbeiter offen und rückhaltlos für die Wiederherstellung des dauernden Friedens mit den Arbeitgebern eintraten und auf weitergehende Forderungen im Interesse der Einigung verzichteten. Dr. Hammacher hält die vorstehend formulierten Wünsche für eine gelungene Grundlage zur Verständigung und verspricht, dieselben ungefäumt den heute eintreffenden Bergwerksvertretern vorzulegen und, wenn auch diese seine Ansicht teilen, sofort eine Sitzung des Vereinsvorstandes zu berufen und eine rasche Entscheidung herbeizuführen.

Mit Rücksicht auf diese Erklärung beschließen die Anwesenden, sich morgen 9 Uhr im Reichstag wieder zusammenzufinden.

L. B. N.

Ludwig Schröder, Friedrich Bunte, August Siegel, Dr. Hammacher.

Zur Beglaubigung: Schmidt-Eberfeld, Baumbach, Berlin.

Hammacher war ein Herrmannsich, das hat er vielfach in seiner Eigenschaft als Führer der Besenbesitzer bewiesen. Aber im Vorstand des Besenbesitzervereins, der damals aus den Herren Dr. Hammacher, S. Springmann, G. Krabler, Boniver, A. von der Bede, Henry Die, D. Erdmann, E. Franken, Frielinghaus, Hugo Daniel, Hilbe, D. Hoffmann, Jenke, G. Kirchoff, Kleine, Julius Niebrecht, Nieber, Mibe, Otto Nibber, Nippel, W. Schürenberg, Dr. Schulz, B. Schulz-Briesen, Schälge, Wellinghausen, W. v. Welfen, Oskar Waldhufen und Dr. Katorb bestand, sahen noch weit unruhigere Herrmannsich als Hammacher. Sein Abkommen mit den Kaiserdelegierten wurde von den Herren Krabler und Genossen nicht anerkannt (Hammacher legte nicht lange darauf den Vereinsvorstand nieder), sondern dazu am 18. Mai folgende Erklärung veröffentlicht:

„Was die Wünsche betrifft, welche die Deputierten eines Teiles der Vergleute unserem ersten Vorsitzenden Herrn Dr. Hammacher gegenüber bei den am 14. und 15. dieses Monats in Berlin gepflogenen Verhandlungen dargelegt haben, so sehen wir nicht an, rückhaltlos darüber folgende Erklärungen abzugeben, für deren Durchführung wir unseren ganzen Einfluß einzusetzen versprechen:

1. Die normale Dauer der Schicht unter Tage ist 8 Stunden, und es soll streng darauf gehalten werden, daß diese Zeit von Schluß der Einfahrt bis zum Beginn der Ausfahrt nicht überschritten wird.
  2. Ueberstunden können ausnahmsweise stattfinden, wenn zur Sicherheit des Bergwerks oder zur Sicherung von Bergleuten dringende und unaufschiebbare Arbeit geboten ist.
  3. Soll in Fällen außerordentlicher Geschäftsführung oder zum Ausgleich stützgebender Betriebsführung in Ueberstunden gearbeitet werden, so kann dies nur auf Grund einer vorgängigen Verständigung zwischen den Grubenverwaltungen und den Vergleuten geschehen. Hiermit erachtet sich der ausgesprochene Wunsch nach der Bildung von Vertrauensmännerausschüssen zur Entscheidung über die Zuständigkeit von Ueberstunden von selbst.
  4. Jeder direkte oder indirekte Zwang zur Ueberstundenarbeit wird den Grubenbeamten streng untersagt.
  5. Insbesondere wird dafür gesorgt werden, daß die Arbeiter, welche an Ueberstunden nicht teilnehmen wollen, ungeführt und ohne vorherige Meldung zur gewöhnlichen Schichtzeit ein- und ausfahren können.
  6. Wir werden das Vertrauen rechtfertigen, welches in dem Sinne gegen uns ausgedrückt ist, daß wir für eine Form und Fassung der Abrechnung der Bergarbeiter sorgen, die dem Fortkommen des Arbeiters nicht hinderlich ist.
  7. Ueberall, wo es von den Belegschaften gewünscht wird, sind die Grubenverwaltungen bereit, die Ausgaben für Pulver, Del und Gezüge, soweit sie den Arbeitern in Abzug gebracht werden, nach den Selbstkosten zu berechnen, anstatt den bei dem jetzigen Verfahrverfahren herbeigeführten Ueberzuschuß an die Unterstützungskasse für die Vergleute und deren Familien abzuführen.
  8. Den Vergleuten soll wegen der gegenwärtigen Arbeitsverhältnisse nach Wiederaufnahme der Arbeit keinerlei Nachteil seitens der Grubenverwaltungen zugefügt werden.
- Wir glauben durch diese offenen Erklärungen und Zusagen die Hindernisse der Verständigung des Arbeiterausstandes aus dem Wege geräumt zu haben, und geben uns der festen Hoffnung hin, daß die noch feiernden Vergleute nunmehr ungefäumt ihre regelmäßige Arbeit wieder aufnehmen werden.

Der wichtigste Unterschied zwischen dem Berliner Protokoll und der Besenbesitzererklärung vom 18. Mai ist die in letzterer erfolgte Ablehnung des „Ausschusses von Vertrauensmännern“ (Arbeiterauschuss). Selbst diese ziemlich harmlose Arbeitervertretung ging den stolzen Werkherren „zu weit“.

Dagegen stand die Besenbesitzererklärung den Streikenden zu:

1. Normale Achtstunden-Schicht. Die Ein- und Ausfahrt soll „jeweilig in der Regel nicht länger als eine

halbe Stunde dauern“. Das wäre die 8 1/2stündige Schicht inkl. Ein- und Ausfahrt gewesen.

2. Ueberstunden sollen nur in dringenden Notfällen, sonst „nur auf Grund einer vorherigen Verständigung“ zwischen den Grubenverwaltungen und den Vergleuten erfolgen. Ein Zwang zu Ueberstunden soll nicht ausgeübt werden. Wer die Ueberstunden nicht machen will oder kann, soll ungeführt ausfahren dürfen.

3. Für den Verbrauch von Pulver, Del und Gezüge sollen die Besenverwaltungen nur die Selbstkosten vom Lohn in Abzug bringen dürfen.

4. Mahregelungen wegen des Ausstandes, auch Kennzeichnungen der Abrechnungen (Vertrufserklärung) sollen nicht stattfinden.

Sieht man von den Arbeiterausschüssen ab, so enthält die Erklärung der Besenbesitzer vom 18. Mai, wenn auch anders formuliert, die wesentlichen Abmachungen des Berliner Protokolls. Allerdings ist die Fassung mancher Sätze der Erklärung so unbestimmt gehalten, daß eine arbeiterfeindliche Auslegung möglich war. Das kam auch in der kürzlichen Vergarbeiterdelegiertenversammlung am 19. Mai auf dem Bochumer „Schützenhof“ vielfach zum Ausdruck. Es gelang aber dem Bureau von Siegel, Schröder, Walter, Gelsenkirchen (damals Kirch-Dunderger Generalrat, jetzt „Christl.“ Gewervereinssekretär), Dringewald, Wattenfeld, Carl-Essen, Rosenkranz-Essen (der Vorsitzende des durch kirchliche Antriebe und Besenabregeln zerstückelten Bergarbeiterverbandes von 1877/78) und Mühlenbeck-Essen, eine Resolution zur Annahme zu bringen, die die Besenbesitzerklärung vom 18. Mai ablehnte, das Vertrauen auf ihre gerechte Durchführung, schließlich aber, auf Schröders Antrag, aussprach, daß, wenn die Zugeständnisse nicht erfüllt würden, nach Ablauf von zwei Monaten wieder der Streik eröffnet werden solle.

Als am 21. Mai die Belegschaften, an ihrer Spitze die Schichtdelegierten, wieder zur Arbeit antraten, erfuhren sie folgende, daß eine ganze Reihe Besenverwaltungen die Zugeständnisse nicht bewilligten und es erfolgte auch gleich Mahregelungen! So hielten die Herren ihr öffentlich und feierlich gegebenes Versprechen. Darauf begann sofort wieder der Ausstand, aber nun war die Bewegung nicht mehr einheitlich, sondern zerrissen und flaute rasch ab.

Festzuhalten ist auf alle Fälle, daß am 18. Mai 1889 die Vertretung der Ruhrgrubenbesitzer den Vergleuten die 8 1/2stündige Schicht inkl. Ein- und Ausfahrt, das Unterlassen eines Zwanges zu Ueberstunden, das Einstellen der Verurteilung der Vergleute durch gekennzeichnete Abrechnungen oder schwarze Listen feierlich zugesichert haben!

Was wurde von dem Versprechen gehalten? Wie sah es z. B. 1905 mit der 8 1/2stündigen Schicht, mit der Freiwilligkeit der Ueberstunden aus? Wie haben es die Besenherren mit der Verurteilung durch schwarze Listen gehalten, wie mit der Mahregelungspraxis?

Das Berliner Protokoll beim die Erklärung der Besenbesitzer dazu, ist ein höchwichtiges Dokument, weil es beweist, daß die Grubenbesitzer das Abkommen von 1889 gebrochen haben und darum von einem Kontraktbruch der Vergleute bei den späteren Streiks keine Rede sein kann! Die Grubenbesitzer haben den Kontrakt gebrochen. Dennoch durften sie es wagen, den Bergarbeitern massenhaft Kontraktbruchstrafe abzuhalten. Sie durften es wagen, weil die Bergarbeitervereinigung von 1889 nicht lange standhielt, weil tausende und abertausende Kameraden bald wieder in Gleichgültigkeit, Zerstückung und Vereinameerei verfielen, statt den Bergarbeiterverband zu einer Einheitsorganisation der Grubenarbeiter auszubauen. Was so veräußert wurde, das muß nun wieder gutgemacht werden. Kameraden, denkt an 1889 und stärkt den Bergarbeiterverband zum Segen der Kameradschaft!

## Die Zentrumspresse im Wandel der Zeit. 1889.

Der Märzstreik 1912 wurde von der ultramontanen Presse als „das Werk der Sozialdemokratie“, als „eine Kraftprobe der roten Internationale“ überschrieben; eine wahre Sintflut von „Terrorismusschüssen“ der Streikenden wurde erfunden, um schon am zweiten Streiktag erhobenen Auf nach Militär zu begründen. Der Terrorismusschimmel der ultramontanen Presse war so stark, daß sich selbst ein Besenorgan, die „Meinisch-Westfälische Zeitung“, dagegen wandte.

Beim großen Bergarbeiterstreik von 1889 lagen die Verhältnisse umgekehrt. Die besenfreundliche Presse behauptete damals, der Streik sei eine „ultramontan-sozialdemokratische Wuchprobe“, und forderte Militär zur Niederwerfung der Streikenden, wogegen sich die ultramontane Presse wandte, behauptete, gerade das vorzeitige Erscheinen des Militärs, dem Tag den Boden ausgeglichen. Der „Germania“ (Gr

zeitungen lasen, waren wir erstaunt, über die Rede des Kaisers einen Bericht zu lesen, in dem seine Worte: „Und ich werde alles über den Haufen schieben lassen, was sich mir widersetzt“, fehlten.“ So weit Siegels Bericht, der von Schröder bestätigt worden ist.

Nach dem offiziellen Bericht lauteten die Worte Schröders wie folgt: „Wir fordern, was wir von unseren Vätern ererbt haben, nämlich die achtstündige Schicht. Auf die Lohnerhöhung legen wir nicht Wert, die Arbeitgeber müssen mit uns in Verhandlung treten, wir sind nicht starrköpfig. Sprechen Majestät nur ein Wort, so würde es sich gleich ändern, manche Träne würde getrocknet sein.“

Berggegenwärtig man sich, daß dem Arbeitervertreter nur einige Minuten Sprechzeit anbehalten waren — was die Absicht der Deputation, dem Kaiser ausführlichen Bericht zu erstatten, durchkreuzte —, bedenk man ferner, wie das Hofzeremoniell auf die eingehenden Vergleute einwirkte, dann versteht man, warum Schröder sich auf die so belanglosen Sätze beschränkte und nicht dazu kam, zu erklären, warum die Schichtfrage allerdings als Kernpunkt in den Vordergrund gerückt werden mußte. Der Kaiser antwortete nach dem offiziellen Bericht:

„Aber Untertan, wenn er einen Wunsch oder eine Bitte vorbringt, hat selbstverständlich seines Kaisers Ohr. Das habe ich dadurch gezeigt, daß ich der Deputation gestattete, hierher zu kommen, um ihre Wünsche persönlich vorzutragen. Ihr habt euch aber ins Unrecht gesetzt, denn die Bewegung ist eine ungeschickte, schon deshalb, weil die vierzehntägige Bindungsfrist nicht innewohnte wurde, nach deren Ablauf die Arbeiter gesetzlich berechtigt gewesen sein würden, die Arbeit einzustellen. Infolgedessen seid ihr konfliktförmig. Es ist selbstverständlich, daß dieser Kontraktbruch die Arbeitgeber reizte und schädigte. Ferner sind die Arbeiter, welche nicht streikten, mit Gewalt und durch Drohung verhindert worden, die Arbeit fortzusetzen. Sodann haben sich einzelne Arbeiter an obrigkeitlichen Organen und fremdem Eigentum vergangen, sogar der zu deren Sicherheit herbeigeführten militärischen Macht in einzelnen Fällen tätlichen Widerstand entgegengesetzt. Endlich wolle ich, daß die Arbeit erst dann gleichmäßig wieder aufgenommen werde, wenn auf allen Gruben eine einheitliche Forderung erfüllt ist. Was die Forderungen selbst betrifft, so werde ich diese durch meine Regierung genau prüfen und euch das Ergebnis der Untersuchung durch die dazu bestimmten Behörden zugehen lassen. Sollten aber Ausdehnungen gegen öffentliche Ruhe und Ordnung vorkommen, sollte sich ein Zusammenhang der Bewegung mit sozialdemokratischen Kreisen herausstellen, so würde ich nicht in Erwägung sein, eure Wünsche mit meinem königlichen Wohlwollen zu erwägen, denn für mich ist jeder Sozialdemokrat gleichbedeutend mit Mißverstand und Vaterlandsfeind. Merke ich daher, daß sich sozialdemokratische Tendenzen in diese Bewegung mischen (1) und zu ungeschicktem Widerstand ansetzen, so werde ich mit ungeschickter Strafe einschreiten und die volle Gewalt, die mir zusteht, und dieselbe ist eine große — zur Anwendung bringen! Fahret nun nach Hause und über-

legt, was ich gesagt habe. Sucht auf eure Kameraden einzuwirken, daß dieselben zur Überlegung zurücktreten. Vor allem dürft ihr unter keinen Umständen solche von euren Kameraden, welche die Arbeit wieder aufnehmen wollen, daran hindern.“

Diese Kaiserworte beweisen, daß der Monarch bereits in der einseitigsten Weise vom Besenbesitzerstandpunkt informiert war. Er kannte nur kontraktbrüchige Arbeiter, keine kontraktbrüchigen Besenverwaltungen (2). Die Besenbesitzer hatten sich inzwischen hinter Wismar gestellt, der, wie gesagt, ganz und gar auf ihrer Seite stand. Am 15. Mai empfing der Kaiser eine Besenbesitzerdeputation, bestehend aus den Herren Dr. Hammacher, Krabler, Daniel und v. Welfen. Ihr Sprecher, Dr. Hammacher, erklärte in längeren Ausführungen den bekannten Besenbesitzerstandpunkt und rühmte das Verhalten der Besenbesitzer als legal und wohlwollend. Auf den Kernpunkt der Streikbewegung ging Hammacher nicht ein.

Warum haben die Werkbesitzer dem Kaiser nicht gesagt, daß die Arbeiter bereits im März mit Forderungen herantreten, daß wohlbekannte Arbeiterdelegierte schon wochenlang vor dem Ausstand den Besenverwaltungen eine höflich und sachlich gehaltene Eingabe zufließen, welche die Herren aber keiner Antwort würdigten? Jetzt wurde dem Kaiser eine Sachdarstellung vorgelesen, die das Unternehmertum als ein schloßweiches Unschuldswunder erscheinen ließ. Der Kaiser sprach dann zu den Besenbesitzern, er „sue sich, die Herren zu sehen. Er wünsche die alsbaldige Beendigung des Streiks.“

Die Verhandlungen, die Sie, Herr Dr. Hammacher, als Vorsitzender des Vereins für die bergbaulichen Interessen, wie ich gerne höre, mit der Arbeiterdeputation geführt haben, sind mir durch den Herrn Minister des Innern zugegangen, und ich spreche meine Anerkennung für das Entgegenkommen aus, welches Sie den Arbeitern gezeigt haben, wodurch eine Grundlage zur Verständigung gewonnen worden ist. Ich werde mich freuen, wenn auf dieser Basis sich Arbeitgeber und Arbeiter vereinigen werden. Ich möchte von meinem Standpunkt noch eins betonen. Wenn die Herren der Ansicht sind, daß die von mir gehörigen Deputierten nicht die maßgebenden Vertreter der Grube waren, die dort streikten, so macht das nichts aus. Wenn sie auch nur einen Teil der Arbeiter hinter sich haben und die Meinung wiedergeben, die in ihren Kreisen besteht, so wird doch immer der moralische Versuch der Verständigung von hohem Werte sein. Sind sie aber wirklich die Delegierten derselben und haben sie die Ansicht der gesamten übrigen Arbeiter vertreten und sind sie mit den Punkten, die Sie Ihnen eröffnen haben, einverstanden, dann habe ich zu dem

\*) Der „Freisinnigen Zeitung“ wurde am 15. Mai aus Essen berichtet, die Worte des Kaisers hätten auf die Arbeiter einen ungunstigen Eindruck gemacht: „Wir haben den Kontrakt nicht gebrochen. Das kann der Kaiser nicht gesagt haben. Der Monarch schon reichlich mit unzureichenden Forderungen ein und haben immer wieder gewartet.“

gefunden vaterländischen Sinn dieser Männer das Vertrauen, und nicht ohne Erfolg, alles daransetzen, möglichst bald ihre Kam wieder zur Arbeit zu bringen. Ich möchte bei dieser Gelegenheit Beteiligten dringend empfehlen, daß die Bergwerkgesellschaft ihre Organe in Zukunft sich möglichst nahe in Fühlung mit den Arbeitern halten, damit solche Bewegungen nicht entstehen, die un erwartet kann der Streik sich unendlich entwickeln lassen. wie mir berichtet wurde, allerdings Vorbereitungen getroffen. Es bestand die Absicht, einen allgemeinen Streik ausbrechen zu nur zu einer späteren Zeit. Und der Streik ist dort nur vor zum Ausbruch gekommen. Ich möchte Sie bitten, dafür Sorge zu tragen, daß den Arbeitern Gelegenheit gegeben werde, ihre Wünsche zu formulieren, und sich vor allen Dingen immer vor Augen zu halten, daß diejenigen Gesellschaften, welche einen großen Teil meiner Untertanen beschäftigen und bei sich arbeiten lassen, auch die Pflicht dem Staat und den beteiligten Gemeinden gegenüber haben, für das Wohl ihrer Arbeiter nach besten Kräften zu sorgen und vor allen Dingen dem vorzugehen, daß die Bevölkerung einer ganzen Provinz wiederum in solche Schwierigkeiten verwickelt werden. Es ist ja menschlich und natürlich, daß jedermann versucht, sich einen möglichst günstigen Lebensunterhalt zu erwerben. Die Arbeiter lesen die Zeitungen und wissen wie das Verhältnis des Lohnes zu dem Gehalt der Gesellschaften steht. Daß sie mehr oder weniger daran teilhaben wollen, ist erklärlich. Deshalb möchte ich bitten, daß die Herren mit dem größten Ernste die Sachlage jedesmal prüfen und womöglich für fernere Zeiten dergleichen Dingen vorbeugen suchen. Ich kann Ihnen nur ans Herz legen, daß das, was der Herr Vorsitzende Ihres Vereins am gestrigen Tage mit Erfolg begonnen hat, möglichst bald zu gutem Ende geführt werde. Ich betrachte es als meine königliche Pflicht, den beteiligten Arbeitgebern meine Unterstützung bei Meinungsverschiedenheiten in dem Maße zuzuwenden, in welchem sie ihrerseits bemüht sind, die Interessen der gesamten Bevölkerung durch Beförderung der Einigkeit untereinander zu fördern und vor Erörterungen wie diese zu bewahren.“

Diese Kaiserworte beweisen, daß dem Monarchen auch die Ausdehnungen über einen angeblich später geplanten „großen Streik“ zugegangen worden waren.

Der weitere Verlauf der Bergarbeiterbewegung, das rücksichtslose Vorgehen der Polizei und der Staatsanwaltschaft gegen das Streikkomitee hat bewiesen, daß die Besenbesitzer, die an dem Reichstagsstreik für die Arbeiter den stärksten Rückhalt hatten, bald wieder ganz bei der Regierung waren. Ob dem Kaiser jemals ungeschicklich gesagt worden ist, wie die Besenbesitzer seine Wahrung, „möge ich nicht in die Hände der Arbeiter legen“, zu erhalten, magicheten? Die Bergarbeiter wollten fühlen, nicht nötig ihnen ein starker Zusammenschluß gegen die kapitalistische Rückständigkeit zu hatten alle Bergarbeiter die Zeichen von 1889 begehrt, es stünde heute viel besser mit der Bergarbeiterdeputation. Sie haben die Wahrung

organ des Zentrums wurde am 6. Mai 1889 aus Gelsenkirchen gestrichelt.

Am 9. Mai 1889 betonte die "Germania" in einem besonderen Artikel, daß die Bewegung "ohne jede politische Schattierung" sei...

Am 7. Mai 1889 schrieb die "Rheinische Zeitung": Die Forderungen der Bergleute beruhen auf dem Mundschreiben...

Am 8. Mai 1889 schrieb die "Rheinische Zeitung": ...aber es ist aber, daß die ultramontanen Blätter durch ihre Auslassungen über die Lohnfrage aufreizend gewirkt haben...

Am 9. Mai 1889 hat die "Rheinische Zeitung" auch die sozialdemokratische Ursache des Streiks schon "unzweifelhaft" festgestellt...

Am 12. Mai 1889 schrieb die "Germania": Den dem Standpunkt des freien Arbeitsvertrages aus ergibt sich aber auch die Forderung, daß nicht darum schon ein Streik unberechtigt ist...

Gegen die Behauptung, der Streik sei von der Sozialdemokratie verschuldet, wandte sich auch die bürgerliche "Frankfurter Zeitung" vom 9. Mai 1889 wie folgt:

Am 13. März 1889 schrieb die "Rheinische Zeitung": ...aber es ist aber, daß die ultramontanen Blätter durch ihre Auslassungen über die Lohnfrage aufreizend gewirkt haben...

Am 12. Mai 1889 schrieb die "Germania": Den dem Standpunkt des freien Arbeitsvertrages aus ergibt sich aber auch die Forderung, daß nicht darum schon ein Streik unberechtigt ist...

Gegen die Behauptung, der Streik sei von der Sozialdemokratie verschuldet, wandte sich auch die bürgerliche "Frankfurter Zeitung" vom 9. Mai 1889 wie folgt:

Am 13. März 1889 schrieb die "Rheinische Zeitung": ...aber es ist aber, daß die ultramontanen Blätter durch ihre Auslassungen über die Lohnfrage aufreizend gewirkt haben...

Am 12. Mai 1889 schrieb die "Germania": Den dem Standpunkt des freien Arbeitsvertrages aus ergibt sich aber auch die Forderung, daß nicht darum schon ein Streik unberechtigt ist...

Gegen die Behauptung, der Streik sei von der Sozialdemokratie verschuldet, wandte sich auch die bürgerliche "Frankfurter Zeitung" vom 9. Mai 1889 wie folgt:

Am 13. März 1889 schrieb die "Rheinische Zeitung": ...aber es ist aber, daß die ultramontanen Blätter durch ihre Auslassungen über die Lohnfrage aufreizend gewirkt haben...

Am 12. Mai 1889 schrieb die "Germania": Den dem Standpunkt des freien Arbeitsvertrages aus ergibt sich aber auch die Forderung, daß nicht darum schon ein Streik unberechtigt ist...

Gegen die Behauptung, der Streik sei von der Sozialdemokratie verschuldet, wandte sich auch die bürgerliche "Frankfurter Zeitung" vom 9. Mai 1889 wie folgt:

Am 13. März 1889 schrieb die "Rheinische Zeitung": ...aber es ist aber, daß die ultramontanen Blätter durch ihre Auslassungen über die Lohnfrage aufreizend gewirkt haben...

Am 12. Mai 1889 schrieb die "Germania": Den dem Standpunkt des freien Arbeitsvertrages aus ergibt sich aber auch die Forderung, daß nicht darum schon ein Streik unberechtigt ist...

Gegen die Behauptung, der Streik sei von der Sozialdemokratie verschuldet, wandte sich auch die bürgerliche "Frankfurter Zeitung" vom 9. Mai 1889 wie folgt:

Am 13. März 1889 schrieb die "Rheinische Zeitung": ...aber es ist aber, daß die ultramontanen Blätter durch ihre Auslassungen über die Lohnfrage aufreizend gewirkt haben...

Am 12. Mai 1889 schrieb die "Germania": Den dem Standpunkt des freien Arbeitsvertrages aus ergibt sich aber auch die Forderung, daß nicht darum schon ein Streik unberechtigt ist...

Ähnlich urteilte damals auch die übrige Zentrums-Presse. Die ultramontane "Westfälische Volkszeitung" (Dortmund) schrieb, "das Militär und das Wachregiment der Gendarmen mit aufgestütztem Bajonett" habe die Gemüter sehr erregt...

Am 11. März 1889 schrieb die "Rheinische Zeitung": "Wo Militär war, entstanden Reibereien, und wo keines war, blieben die Arbeiter ruhig..."

Am 12. März 1889 schrieb die "Rheinische Zeitung": "Die 'Tremonia' schrieb, das Militär trage nicht zur Beruhigung bei und bestärke nur die Forderungen in ihrer hartnäckigen Haltung..."

Am 13. März 1889 schrieb die "Rheinische Zeitung": "Die 'Tremonia' am 22. Juni 1889: 'In der Unternehmung hätten auch für Urteilsfinder einige Vertreter der Bergarbeiter...'"

Am 14. März 1889 schrieb die "Rheinische Zeitung": "Die 'Tremonia' am 2. März 1887: 'Eine Industrie, die von solchen Subjekten geleitet wird, ist ihres Daseins nicht wert...'"

Am 15. März 1889 schrieb die "Rheinische Zeitung": "Heute besorgen die 'Tremonia' und die übrige ultramontane Presse die Geschäfte dieser Subjekte, Ignoranten, Streber und Tyrannen..."

1912.

Am 12. März 1912 forderte die Zentrums-Presse schon am zweiten Streiktag Militär gegen die Streikenden. Die ultramontane "Essener Volkszeitung" vom 12. März 1912 brachte einen Aufruf an erster Stelle...

Am 13. März 1912 schrieb die "Westfälische Volkszeitung": "Selbst ein erheblicher Teil der Ausständigen hat nur gezungen mitgetan..."

Am 14. März 1912 schrieb die "Westfälische Volkszeitung": "Die ultramontane 'Westfälische Volkszeitung' berichtete am 12. März 1912 über eine Anzahl 'Terrorismuskfälle'..."

Am 15. März 1912 schrieb die "Westfälische Volkszeitung": "Das Spaziergehen der Streikenden bedeutet nichts weiter, als zu Gezeiten zu animieren..."

Am 16. März 1912 schrieb die "Westfälische Volkszeitung": "Es kann streifen wer will, wer aber nicht will, der darf und soll nicht durch den sozialdemokratischen Terrorismus dazu gezwungen werden..."

Am 17. März 1912 schrieb die "Westfälische Volkszeitung": "Der politische Schutz der Arbeitswilligen ist nicht ausreichend und von verächtlichen Seiten aus nur man sich mit Recht um einen sicheren Schutz der Arbeitswilligen an die maßgebenden Stellen gewandt..."

Am 18. März 1912 schrieb die "Westfälische Volkszeitung": "Die ultramontane 'Westf. Volksfreund' (Gamm) schrieb am 13. März 1912: 'Die große Mehrzahl soll und muß die Freiheit haben...'"

Am 19. März 1912 schrieb die "Westfälische Volkszeitung": "Das die Behinderung der Arbeitswilligen angeht, so wird darüber sehr viel geflagt und dabei bebauert, daß der ihnen behördlich ausbedachte Schutz nicht ausreicht..."

Am 20. März 1912 schrieb die "Westfälische Volkszeitung": "Die ultramontane 'Tremonia' (Dortmund) schrieb am 12. März 1912: 'Ein Aufhören der Arbeitswilligen. Geradezu unhaltbare Zustände in bezug auf die Sicherheit der Arbeitswilligen...'"

Am 21. März 1912 schrieb die "Westfälische Volkszeitung": "Der 'Bergknapp' (Nr. 11 vom 16. März 1912) brachte folgenden Erguß, der auch von der ganzen Zentrums-Presse abgedruckt wurde: 'Die Zunahme der Streikenden ist hauptsächlich auf den ungenügenden Sicherheitsdienst zurückzuführen...'"

Am 22. März 1912 schrieb die "Westfälische Volkszeitung": "Während sich so die Zentrums-Presse im Erfinden von Latarenachrichten über den Terrorismus und die schweren Ausschreitungen der Streikenden überbot, den Streik als 'das Werk der Sozialdemokratie'..."

Am 23. März 1912 schrieb die "Westfälische Volkszeitung": "Man kann freilich behaupten, daß die im allgemeinen die Lage unverändert ist, und mit Ausnahme der Samsberger Kravalle nirgend

ernstliche Ausschreitungen und Ausschreitungen vorgekommen sind. Rastlos schreien, wie stets, Dugende von Gerüchten über Zusammenstöße mit der Polizei und der Gendarmen...

Am 15. März 1912 berichtete die "Rheinisch-Westfälische Zeitung" aus Herne: "Das Straßenschild am heutigen Vormittag zeigt nicht die geringste Abweichung gegen den Zustand in normalen Zeiten..."

Am 16. März 1912 berichtete die "Rheinisch-Westfälische Zeitung": "Die Unruhen waren diesmal nicht größer, wie bei jedem anderen Streik..."

Am 17. März 1912, als der Streik schon eine Woche gedauert hatte, schrieb die "Rheinisch-Westfälische Zeitung": "Die Unruhen waren diesmal nicht größer, wie bei jedem anderen Streik..."

Am 18. März 1912 berichtete die "Rheinisch-Westfälische Zeitung": "Die Unruhen waren diesmal nicht größer, wie bei jedem anderen Streik..."

Am 19. März 1912 berichtete die "Rheinisch-Westfälische Zeitung": "Die Unruhen waren diesmal nicht größer, wie bei jedem anderen Streik..."

Am 20. März 1912 berichtete die "Rheinisch-Westfälische Zeitung": "Die Unruhen waren diesmal nicht größer, wie bei jedem anderen Streik..."

Am 21. März 1912 berichtete die "Rheinisch-Westfälische Zeitung": "Die Unruhen waren diesmal nicht größer, wie bei jedem anderen Streik..."

Am 22. März 1912 berichtete die "Rheinisch-Westfälische Zeitung": "Die Unruhen waren diesmal nicht größer, wie bei jedem anderen Streik..."

Am 23. März 1912 berichtete die "Rheinisch-Westfälische Zeitung": "Die Unruhen waren diesmal nicht größer, wie bei jedem anderen Streik..."

Am 24. März 1912 berichtete die "Rheinisch-Westfälische Zeitung": "Die Unruhen waren diesmal nicht größer, wie bei jedem anderen Streik..."

Am 25. März 1912 berichtete die "Rheinisch-Westfälische Zeitung": "Die Unruhen waren diesmal nicht größer, wie bei jedem anderen Streik..."

Am 26. März 1912 berichtete die "Rheinisch-Westfälische Zeitung": "Die Unruhen waren diesmal nicht größer, wie bei jedem anderen Streik..."

Am 27. März 1912 berichtete die "Rheinisch-Westfälische Zeitung": "Die Unruhen waren diesmal nicht größer, wie bei jedem anderen Streik..."

Am 28. März 1912 berichtete die "Rheinisch-Westfälische Zeitung": "Die Unruhen waren diesmal nicht größer, wie bei jedem anderen Streik..."

Am 29. März 1912 berichtete die "Rheinisch-Westfälische Zeitung": "Die Unruhen waren diesmal nicht größer, wie bei jedem anderen Streik..."

Am 30. März 1912 berichtete die "Rheinisch-Westfälische Zeitung": "Die Unruhen waren diesmal nicht größer, wie bei jedem anderen Streik..."

Am 31. März 1912 berichtete die "Rheinisch-Westfälische Zeitung": "Die Unruhen waren diesmal nicht größer, wie bei jedem anderen Streik..."

Am 1. April 1912 berichtete die "Rheinisch-Westfälische Zeitung": "Die Unruhen waren diesmal nicht größer, wie bei jedem anderen Streik..."

Am 2. April 1912 berichtete die "Rheinisch-Westfälische Zeitung": "Die Unruhen waren diesmal nicht größer, wie bei jedem anderen Streik..."

Schuld an allen späteren Streiks der Sozialdemokratie zu sperren sich die Beweise allerdings genau so, wie früher, als es die Feinden gewesen sein sollten. Auf Besche Consolidation wurde in der Nacht vom 6. auf 7. Mai eine rote Fahne am Rhein aufgesteckt mit der Aufschrift: „22 Tage Verspätung! Es lebe die Hochflut im Ruhrgebiet! Hoch Ferdinand Basselet! Hoch Karl Marx!“ War das nicht ein untrüglicher Beweis dafür, daß die Sozialdemokratie ihre Hände im Spiele hatte? Für die Scharfmacher und Arbeiterfeinde allerdings, sonst nicht. Auch im Saarrevier wurde um jene Zeit eine rote Fahne aufgezogen, von — Johann Rauber, Generalsekretär im Gewerksverein „Christlicher“ Streikbrecher! Die sich absolut kein Beweis erbringen, daß die Sozialdemokratie ihre Suppe an diesem Feuerchen kochen wollte, wie die „christlichen“ Generalsekretäre 1912 so wunderbar behaupteten, mußten die „Drohungen“ diese Dicken ausfüllen. In der Werkspresse wurde zwar zugegeben, daß auf „eingelassen“ Bechen berechtigter Unmut zu Klagen vorhanden war, aber deshalb habe sich die Erbitterung nicht auf alle Bechen ausgebreitet.

Wenn trotzdem die Arbeiter sich da haben ebenfalls verhalten lassen, so bleibt, wenn man die Realität, Gedankenslogik, Lenkbarkeit und Verheerbarkeit der Arbeiter sehr hoch einschätzen will, als Erklärungsgeschichte nur der Hinweis auf die vollkommen feststehende Tatsache, daß besonders die jüngeren und schlechteren Arbeiter, welche bei einer allgemeinen und ohne Rücksicht auf die Leistung erfolgenden Lohnerrhöhung ihre Rechnung finden, durch eine Art Schreckensherrschaft die ersten und wichtigsten Arbeiter dermaßen einschüchterten, daß sie nicht wagen, zur Arbeit zu gehen. Es muß unbedingt verlangt werden, daß der Staat alle ihm gesetzlich zur Verfügung stehenden Machtmittel tatkräftig und rücksichtslos anwendet, um die anständigen Arbeiter von dem auf ihnen lastenden Druck zu befreien.

So das Urteil der „Königlichen Zeitung“ nach Ommelmann über die wahren Gründe, warum sich über 90 000 ernste und tüchtige Arbeiter am Streik beteiligten. Die Schreckensherrschaft der jüngeren, schlechteren Arbeiter war es, welche nicht die Kandalösen Zustände und die brutale Behandlung kapitalistischer Sklavenanreiber, die es die Arbeiter damals zum Feiern zwang, und gegen diese Schreckensherrschaft war der Staat machtlos! Die Flinten knallten, die Salven trachten, Knappen, Frauen und gänzlich unbeteiligte Bürger wälzten sich im Blute, aber dennoch sollten die „ganzen Wädhimittel des Staates“ gegen Bergarbeiter angewandt werden, wenn sie nochmals der „Schreckensherrschaft“ ihrer jüngeren Kameraden unterliegen sollten, d. h. dann müssen gleich Kruppische Kanonen gegen die Knappen aufgeföhren werden.

Bis dahin waren es ausgesprochene Scharfmacher, Söldlinge des Kapitals, die solche schauerliche Schwindelnachrichten und erlogene Drohbriefe erfanden um den berechtigten Lohnkampf der Arbeiter zu mißkreditieren und das Schließen der Solbateska zu rechtfertigen, aber 1912 waren es „Arbeiterführer“, die diesen alten Schwindel erneuten gegen ihre Arbeitsbrüder erfanden, ihnen das Militär auf den Hals heigten und den aussichtslosen Lohnkampf kaputt machten. 1912 beauftragte es keines Dr. Matrop, keines Silber, Krabber, Kleine, Schmieding oder Schulte-Wellinghausen, um Drohbriefe zu erfunden oder die Schreckensherrschaft der jüngeren, schlechteren Arbeiter zu beweisen, noch daß der Streik unberechtigt und nur der sozialistischen Verheerung entsprungen war, das besorgten die besonnenen, überlegenen, unübertriebenen W.-Glabbacher „Arbeiterführer“. Nach der 1889er Bewegung war es Generaldirektor des Fürstentums W.-Glabbach, Dr. Ritter-Waldenburg, der im März 1890 im preussischen Landtag zu sagte:

„Über meine Herren, ich habe das dumpe Gefühl, daß noch ein anderer Faktor mitspielt. Ich will nicht hoffen, daß der Abgeordnete Bauer-Paris etwas Wahres gesagt hat, als er den Minister des Innern in Frankreich tadelte, daß er den Streik in Deutschland nicht genug unterstützte, er müsse geheime Fonds sammeln, damit in Zukunft die Streikbewegung in Deutschland möglichst hochgehalten werde.“

1912 war es August Brunt, ein „christlich-nationaler“ Bergarbeiterführer, der im Landtag die unverschämte Behauptung aufstellte, die Streikbewegung des Reiches würde mit englischem Gelde unterhalten. 1890 waren es die Grubenaktionäre Schulz-Buchum, Schmieding-Dortmund, Berger-Witten und Ritter-Waldenburg, die Anklagen gegen die Streikenden wegen Terrorismus im Landtag erhoben, 1912 war es Johann Giesberts, der im Reichstag folgenden „Drohbrief“ vorlas:

„Herr Hoffmann, wenn Du morgen noch zur Arbeit gehst, kriegst Du die Knochen kaputt geschlagen. Unten ist ein Totenkopf gemalt und ein großer Säbel.“

Schmieding und Ritter klagten die „geheimen Mächte“ an, die hinter der Bewegung ständen, durch welche die Arbeiter gegen die „Rohlenbarone“, die „Geldproben“ aufgewiegelt würden, beleidigten die Streikenden nicht direkt, während der „Arbeiterführer“ Zmbusch 1912 im Landtag ausrief:

„... Ja, es ist um Weinen, wenn man sieht, wie Leute, die nach und von der Arbeit gehen, terrorisiert werden. Sie werden gezwungen, Arbeit zu machen, sie werden verhöhnt und verspottet. Die Regierung verlangt von uns Steuern, und wir verlangen Schutz oder wir steigen auf ihre Versprechungen und bleiben zu Hause. Traurig genug, eine solche Regierung, die solcher sozialdemokratischer Bewegung nicht Herr werden kann. Was nützen uns die Mahnungen der Behörden... Auf diese Mahnungen weisen die Sozialdemokraten und wir auch. Denn durch Mahnungen werden unsere Knochen nicht geheilt, wenn sie kaputtgeschlagen sind.“

„Fremde Kerle“ gingen nach Zmbusch durch die Kolonien und trieben sich die Hausnummern der Streikbrecher auf, wodurch die Angst der Arbeitwilligen noch gesteigert wurde, denn bei der bekannten Brutalität der Sozialdemokraten mußten sie alles befürchten. Auch Brunt wußte schreckliche Geschichten vorzutragen, was die gebildeten Werksvertreter, Dr. Ritter, Dr. Schmieding, Dr. Schulz sich 1890 gefühlt hätten, vorzubringen. Diese Herren besaßen eine persönliche Reputation, hielten sich immerhin für zu gut, um sich in der Gasse zu wälzen, um wie als Klatsch- und Schmeiß die Parlamentstribüne zu mißbrauchen, und insofern haben sich die Dinge geändert. Früher wurden die Verleumdungen und Verdächtigungen erfunden von den Soldknechten des Kapitals, heute besoldeten Arbeiter die Verleumder der Arbeiterschaft selbst.

## Der Streik in Mitteldeutschland.

Die Kameraden im Königreich Sachsen hatten es verstanden, ihren 1876 gegründeten Verband durch die Jahrzehnte der sozialistengesellschaftlichen Zeit hindurchzubringen. Sie gaben seit 1884 den wöchentlich erscheinenden „Glück Auf“, das erste gewerkschaftliche Bergarbeiterfachblatt Deutschlands, heraus. Wenn auch der Verband zur Zeit der Streikbewegung 1889 nur zirka 5000 Mitglieder (von etwa 20 000 Mann Gesamtbelegschaft) besaß, so bewirkte diese Organisation unter dem Vorst. Carl Eberts, dessen Nachfolger Hermann Sasse war, doch eine beachtliche Schulung in der Kameradschaft, was während der großen Streikbewegung zum Vorschein kam. Von allen deutschen

Bergwerksbezirken, in denen 1889 Bergarbeitermassen ausständig waren, blieb nur das sächsische von einer militärischen Besatzung verschont! Die Belegschaften gaben den Behörden auch nicht den geringsten Anlaß zum „Einschreiten“. In der Sitzung des sächsischen Landtags vom 21. Januar 1890 kam es anlässlich einer Debatte über die Bergarbeiterforderungen zu einer Aussprache über die große Streikbewegung. Da konnte der Abg. Wilhelm Dieckmann darauf hinweisen, daß bei den Streiks in Schlessen, im Ruhrgebiet und an der Saar Militär requiriert wurde, dagegen in Sachsen, „wo das ganze Land mit Sozialdemokraten durchsetzt ist... haben Sie nicht den allergeringsten Arbeiterkravall gehabt?“ ... „Nicht ein einziger Nachtmäher brauchte mobil gemacht zu werden!“ Die Gegner der Arbeiterforderungen mußten Liebknechts Worten zustimmen.

Diese Erinnerung ist doppelt wichtig zur Zeit, wo es zum „nationalen Ton“ gehört, die Millionen sozialdemokratisch gesinnten Arbeiter als gemeingefährliche Kaufbolde zu verleumden, um ihnen den hauenenden Säbel und die schließende Platte auf den Hals zu heken. Wo die Arbeiter am besten organisiert sind, da wird auch bei Streiks die öffentliche Ruhe am sichersten gewahrt.

Der sächsische Bergarbeiterverband, mit Argusaugen von der Behörde bewacht und mit Mißlichlosigkeit von den Werksbesitzern verfolgt, vermochte auf knapptatlichem Gebiete schöne Erfolge zu erringen, aber zur Abwehr der Lohndrückerei und der häufigen Verschlechterung der „Dienstordnung“ war er nicht stark genug. Zu viele „überschlau“ Kameraden blieben abseits stehen und verstärkten so die Macht der Bechenbesitzer.

Als die Kunde von dem Massenstreik im Ruhrgebiet nach Sachsen scholl, kam auch hier der Stein ins Rollen. Einige Belegschaften waren schon in Bewegung gekommen. Da wurde am 18. Mai in Bwida eine Massenversammlung abgehalten, die sich mit der Streikfrage beschäftigte und ein aus den Kameraden Hermann Zimmermann, Münzer, Schlosser und Groth bestehendes Komitee mit der Vertretung folgender Forderungen beauftragt:

1. Regelung und Festsetzung der Schichtzeit auf 8 Stunden inkl. Ein- und Ausfahrt.
2. Erhöhung des Schichtlohns sämtlicher Gruben- und Tagearbeiter um mindestens 30 Prozent Ausbeute nicht unter 1 Mark pro Schicht, so daß der Mindestzuschußdienst eines Hauers im ganzen Revier 4 Mark pro Schicht betragt.
3. Ueberzahlungen, ob wochentags oder Sonntags, auf das Unerlässliche zu beschränken und mit 30 Prozent höherem Lohne zu bezahlen.
4. Getrennte Bedinge gänzlich in Wegfall zu bringen, da dieselben nach den bergpolizeilichen Vorschriften unzulässig erscheinen.
5. Wegfall der Prozente von Füllkohlen; unreine Kohlen werden halb notiert.
6. Lieferung des Holzes bis zur Dremse.
7. Schichtmaterial zum Einkaufspreis und Del zu 5 Pfennig pro Schicht.
8. Reformierung der zurzeit bestehenden Arbeiter- und Straf-ordnungen.
9. Verpflichtung der Werksverwaltungen und Werksvertreter schriftlich der Behörde bzw. der königlichen Kreisbahnhauptmannschaft gegenüber, speziell keines der Komiteemitglieder oder keiner der Delegierten, Einberufer, Leiter und Redner in Versammlungen oder auch Bergarbeiter, welche vorzeitig die Arbeit eingestellt haben, irgendwie direkt oder indirekt zu maßregeln oder Maßregelungen von Ober- bis Unterebenen zu lassen oder zu dulden.

Diese Forderungen wurden den Werksverwaltungen überreicht und gleichzeitig durch ein Flugblatt, das auch die Rede des Kaisers an die westfälischen Bechenbesitzer enthielt, überall den Belegschaften bekannt gemacht. Nun schlossen sich die Augau-Debnitzer und die Vergleute im Ilmenauischen Grunde der Bewegung an. Als die Werksbesitzer die Forderungen glatt ablehnten, erfolgte die Arbeits-einstellung, an der sich insbesondere nur bis 8000 von den zirka 20 000 sächsischen Vergleuten beteiligten.

Auch auf das mitteldeutsche Braunkohlengebiet sprang der Streik über, doch kam es hier nur auf einigen Bechen bei Zeitz und Dudenau zu Arbeitseinstellungen. Die Braunkohlengrubenbesitzer bewilligten sofort einige Lohnerrhöhungen und führten teilweise Arbeiterauschüsse ein.

Die sächsische Arbeiterkommission verhandelte am 20. Mai im Beisein von Regierungsvertretern mit den Werksbesitzern. Diese machten einen Vergleichsvorschlag, der aber von den Arbeitervertretern wegen seiner Geringfügigkeit nicht angenommen werden konnte. Da mittlerweile der Sturm auch in Schlessen und an der Saar zum Losbruch gekommen war, bewilligte eine Anzahl sächsischer Werksverwaltungen mehr Lohn usw. als in dem erwähnten Vergleichsvorschlag vorgesehen war. Darauf fuhren diese Belegschaften wieder vollzählig an, andere folgten. Am 26. Mai war der Betrieb wieder vollständig aufgenommen. Die Bechenverwaltungen rächten sich für die „Unbotmäßigkeit“ durch die Maßregelung der bekanntesten Streikführer.

Im Verfolg der Ausstandsbebewegung stieg die Mitgliederzahl des Verbandes 1890 auf 6240, bis 1894 auf 9225. Dann erreichten die Werksbesitzer endlich die polizeiliche Auflösung dieser Bergarbeiterorganisation, die sich um die Vertretung der Arbeiterinteressen große Verdienste erworben hat. Dieser Auflösungsakt ist auch ein Beweis für den Nutzen, den die gewerkschaftliche Organisation ihren Mitgliedern bringt. Sonst würde die Organisation ungestört gelassen.

## Der Streik in Schlessen.

Das Land der reichsten hochadeligen Grubenmagnaten ist seit vielen Jahrzehnten auch als das Gebiet mit der größten Massenarmut und den ärztlichen Volkskrankheiten (Typhus usw.) „berühmt“. Den niederschlessischen Vergleuten wurde nach dem erbitterten Streik 1897/70 ihre kaum erstandene Organisation (Kirch-Dunderacher Gewerksverein) zertrümmert und dann das Anzeichen des Schmachtriemens aus dem ff beigebracht. In Oberschlessen war es bis 1889 überhaupt noch nicht zu einer gewerkschaftlichen Organisation der Vergleute gekommen.

In Oberschlessen kam es 1889 nur zu einigen Teilstreiks. Bei einer Gesamtbelegschaft von 41 000 Mann streikten am 20. Mai nach Reimnassberichten gegen 8000 Mann für Lohnerrhöhung und Schichtverkürzung. Die Werksbesitzer gaben als Schichtzahl 6443 (21. Mai) und als Gesamtbeteiligung 13 800 Mann an. Selbst die gegenliberale „Königliche Zeitung“ urteilte, bei den Schichtlöhnen unter 2 Mark sei die „Unzufriedenheit der Leute begreiflich“. Die bergbehördlichen „Erundungskommissionen, deren eipseitiges Verfahren die...“ gar gerügt wurde, ermittelten, daß im März 1889 von 29 331 obererschlessischen Kohlenbergleuten hatten:

454	einen Schichtverdienst von	3.50—6.00 Mf.
1447	„	3.00—3.50
4316	„	2.50—3.00
5578	„	2.00—2.50
9139	„	1.50—2.00
5164	„	1.00—1.50
3233	„	0.50—1.00

Rund 80 Prozent der Arbeiter erhielten nur bis zu 2.50 Mf. Lohn für 10, 11, 12 und noch mehrstündige Arbeitszeit! Auch diese Hungerlöhne sollten „ausreichend“ sein und nicht zu „berechtigten Klagen“ Anlaß geben.

Die obererschlessischen Werke befinden sich zu einem guten Teil in Händen von katholischen Mägden, die teilweise in der Zentrumspartei eine führende Rolle spielen. Darum ist es sehr bezeichnend, wie die zentralistische „Schlessische Volksztg.“, die kräftig für die Streikenden im Ruhrgebiet (wo die „liberalen“ Werksbesitzer kommandieren) eintrat, über die Bewegung der noch miserabler entlohnten Schlessen urteilte. Das Blatt schrieb am 17. Mai 1889 aus Königsbrunn:

„Lässige Arbeiter auf den Krugschichten stellen die Arbeit ein, weil sie nicht so viel Lohn erhalten, wie die fleißigen und pünktlichen (1). Unruhen werden nicht statt, da die vernünftigen Arbeiter, die 20 bis 30 Pf. Zulage pro Tag erhalten, sich in der Arbeit nicht stören lassen (1). Es scheint nicht zu befürchten zu sein, daß hier ein Ausstand losbricht.“

Besser konnte auch die ausgesprochene Bechenpresse die Streikenden nicht als faule Gesellen verdächtigen. Am 19. Mai schrieb das Zentrumblatt aus Oberschlessen, es würden „w estfälische Wühler“ nachgewiesen, danach sollte der Ausstand der schlessischen Grubenklaven auch „von außen her“ angezettelt sein. Als ob Löhne von unter 2 Mark bei mehr als zwölfstündiger Schicht nicht genug „wöhnten“. Bei der Deutschlandsgrube kam es zu Zusammenstößen zwischen Streikenden, Arbeitswilligen und Gendarmen, was die Bechenpresse als „große Krawalle“ meldete und den Einmarsch von Militär herbeiführte. Am 19. Mai verbreitete die Presse die Nachricht, die obererschlessischen Werksbesitzer würden die Löhne um 10—15 Prozent erhöhen! Wo nun war die längst nötige Lohnerrhöhung möglich, warum nicht vor Ausbruch des Streiks? Tatsächlich standen die Gauer- und Schlepperlöhne 1890 pro Schicht 40 Pf. (17 Prozent) höher wie 1889. Demnach war auch hier der Ausstand der „lässigen“ Arbeiter nicht erfolglos. Am 28. Mai war die „Ruhe“ wieder hergestellt.

In Niederschlessen begann am 14. Mai die Ausstandsbebewegung leider mit argen Ausschreitungen von einer Anzahl über die miserable Entlohnung und verdächtige Behandlung erbitterter Schlepper auf der Glückhilfgrube. Ueber diese Vorgänge berichtete die „Schlessische Volksztg.“ vom 16. Mai aus Waldenburg:

„Zwei Bataillone Infanterie rücken zum Schutz gegen Ausschreitungen ein. Seit gestern ist der Streik ausgebrochen. Die Vergleute verlangen 20 Prozent Lohnerrhöhung, 10stündige Arbeitszeit inkl. Ein- und Ausfahrt und bessere Verteilung der Arbeit. Die Grubenverwaltung will 10 Prozent bewilligen. Man vertreibt die Feiger von den Keßeln, insulsiert Beamte und zerstört Gerätschaften. Indes schien eine Einigung zustande kommen zu wollen. Es fürmte aber eine Menge auf den Schacht ein, zerstörte Signale, betrieb die Beamten und verletzete einige schwer. Es regnete Steinwürfe, Fenster und Bureaus wurden zerstört. Die Menge hauste stundenlang mit wahrem Vandalismus. Anrückendes Militär schaffte, ohne zu schießen, Ordnung. Ein weiteres Bataillon Infanterie trifft ein. Friedenshoffnung hat gestern nicht gestreift, mußte aber unter Zustimmung des Direktors dem Terrorismus der Glückhilf-Arbeiter weichen. Für morgen wird der Streik auf den Fuchsgruben, den Pleßchen und den Weßsteiner Gruben erwartet.“

Auf Friedenshoffnung hatte sich der Durchschnittslohn der Gauer von März 1888 bis März 1889 von 2.25 auf 2.40 Mf., der der Schlepper von 1.84 auf 1.92 Mf. erhöht. Die Verwaltung will aber trotz der frevelhaftesten Tumulte weiter entgegenkommen.

Unterm 15. Mai hatte die „Schlessische Volksztg.“ aus Gottesberg schon berichtet:

„Streik im ganzen Revier. Die Ruhe bis jetzt nicht gestört. Auf dem von der Behörde kam es zu Ausschreitungen. Hier und auf dem Brangel waren des Morgens die Streikenden 20 Prozent Lohnerrhöhung bei 10stündiger Schicht durch Anschlag bewilligt, später aber aus der 20 ein 10 gemacht worden. Abends sollte eine Zusammenkunft der Gewerksvertreter stattfinden. Von den Gewerben aber erschien niemand. Dadurch erbittert, schlugen die Streikenden die Fenster ein, schleppten den verletzten Berginspektor Grunen-berg aus dem Hause, rissen ihm die Kleider vom Leibe und mißhandelten ihn. Alle Gruben im Stiffatal feiern. Direktor Berndt wies jebe Lohnerrhöhung ab. Auch hier rückt Militär ein.“

Dieselbe Zeitung schrieb unterm 17. Mai aus dem Waldenburger Revier:

„Der Streik hat sich auf die Pleßchen Gruben ausgebreitet. Die Leute verlangen als Mindestlohn für Gauer 3 Mf., Lehrhauer 2.50 Mf., schwächere Schlepper 2 Mf., Aufföhren der Beamtentantinen und Freilassung der Inhaftierten. Freilich geinnete Vergleute klagen über Terrorismus. Fast 12 000 Mann streikten. Außer von kleinen Tumulten ist die Ruhe nicht gestört. Die Gruben wollen 10stündige Schicht und 10 Prozent Zulage konzedieren und die Sonntagarbeit nur auf Instandhaltung des Betriebes beschränken. Ein Militäroposten erhielt einen Bergmann, der ihn angriff.“

Niemand kann Ausschreitungen bei Streiks mehr bedauern, als der geschulte Gewerkschaftler, weil er weiß, daß die Erzeße der Arbeiterfrage am meisten schaden. Es ist aber doch auffallend, wie scharf das schlessische Zentrumblatt die Waldenburger Krawalle verurteilte, während es für das Verhalten der Streikenden im Ruhrgebiet, wo es auch an verschiedenen Orten zu heftigen Zusammenstößen kam, mildernde Umstände, im allgemeinen aber nur hohes Lob bereithatte. So schrieb die „Schlessische Volksztg.“ am 19. Mai über den Ruhrbergarbeiterstreik:

„Der großartige Streik ist bisher in einer Weise verlaufen, welche uns Bewunderung für die Mäßigkeit, Ruhe und Besonnenheit der Arbeiterfrage abnötigt... Die beklagten Wertes Besonnenheit der ersten Tage hätten sich vermeiden lassen, wenn die Bechenverwaltungen und Beamten nicht in wahnstinniger Gewissensangst so laut nach Militär geschrien hätten. Die Bechenbesitzer gefallen sich zu sehr in der Rolle der Herren und Gebieter, verlangen Unterwerfung aber würdigen die beschwerdeführenden Arbeiter nicht einmal einer Antwort. Wenn der Streik eine friedliche Beilegung findet, so ist das dem Kaiser und den braven Arbeitern zu verdanken.“

Auch die schlessischen Werksbesitzer haben die Beschwerden der Arbeiter keiner Antwort gewürdigt, auch in Schlessen war (und ist) das Herrenmenschenrum Trumpf, auch in Schlessen riefen die Herren „in wahnstinniger Gewissensangst so laut nach Militär“ — so war es auch wohl wahnstinnige Gewissensangst, als die Parteifreunde der „Schless. Volksztg.“ 1912 nach Militärschrien!

Die Folge der Ausschreitungen auf Glückhilfgrube war ein großer Landfriedensbruchprozess, wo zirka 20 Vergleute zu langen Gefängnisstrafen verurteilt wurden.

Nachdem einige Ordnung in das wilde Durcheinander — es fehlte auch den Niederschlessen an einer gewerkschaftlichen Organisation — gekommen war, fanden zahlreiche Streikerversammlungen statt. Die gegenliberale „Königliche Zeitung“ schrieb am 21. Mai aus Niederschlessen, die Versammlungen „offenbarten unzweideutig die königstreue Gesinnung der feiernden Vergleute. Dem Kaiser galt das erste und letzte Hoch.“ Auch der Landrat legte sich veröhnlich ins Mittel, aber die Werksleiter lehnten Verhandlungen mit den Belegschaftsdelegierten ab. Auch in Niederschlessen sollten die Bergarbeiterlöhne auskömmlich sein, man verglich sie einfach mit den — Weberlöhnen! Nach behördlicher Ermittlung hatten im März 1889 von 13 919 niederschlessischen Vergleuten

74	einen Schichtverdienst von	3.50—6.00 Mf.
413	„	3.00—3.50
2578	„	2.50—3.00
4369	„	2.00—2.50
4797	„	1.50—2.00
1307	„	1.00—1.50
381	„	0.50—1.00

Demnach hatten rund 78 Prozent der Arbeiter einen Schichtverdienst von nur bis 2.50 Mark! Dafür bauerte die Schicht 10—12 Stunden untertage! Als die so mittelbar bezahlten

Arbeitsklaven endlich rebellierten, da sollte die „beste Gesellschaftsordnung“ bedroht sein.

Nur ein Mensch mit kläffischer Gesinnung liebt das B a u d u r t für den Geldsack.

Der Streik der Saarbergleute.

Zum Erstaunen der Welt erhob sich auch die „königlichen“ Saarbergleute in Masse gegen das „bäuerliche Regiment“.

Die königliche Bergwerksverwaltung veröffentlichte am 17. dann abermals am 22. Mai eine Erklärung zu dem „Waldhofer Protokoll“.

Eine am 25. Mai auf dem Wildhof abgehaltene, von zirka 15.000 Bergleuten besuchte Versammlung erklärte die Zugeständnisse der Bergwerksverwaltung teils als zu ungenügend.

Table with 5 columns: Year, Oberlohen, Niederlohen, Mährgebiet, Saargebiet, Wurmgebiet.

Die Saargebietslöhne stiegen also am meisten und auch noch 1892 hielt die Lohnsteigerung an während in den anderen Bezirken der Lohn schon fiel.

Der Streik im Wurmgebiet.

In diesem Revier (Nachen-Schweiler) führen in dem großen Streikjahr zirka 7000 Mann an, von denen im Mai 5860 auf die Arbeit zurückgekehrt sind.

amtlicher Angabe die Höchstzahl, im Streik. Die Hauptforderungen lauteten:

- 1. Achtstündige Schicht, höchstens Neunstundenschicht inkl. Ein- und Ausfahrt.
2. Mindestlohn für Gauer 3,50 Mk., 15-20 Prozent Lohn-erhöhung.

Auch hier fehlte es an einer Arbeiterorganisation, deshalb an einheitlicher Streikleitung und gleichmächtigen Forderungen.

Table with 5 columns: Year, Kohlen-gewinnung, Berechtigung, Ausbau, Förderung, Tagesarbeit.

Und im ganzen Revier pro Schicht (in Mark) für:
1880 2,80
1890 3,42
1891 3,50

So erbärmliche Löhne wurden bezahlt und doch behaupteten die Bergverwaltungen, die Löhne seien ausreichend und hätten keine Ursache zum Klagen gegeben!

Der Streik auf den Schweiler Gruben wurde schnell durch einigende Zugeständnisse der Bergverwaltungen beendet.

Die Kämpfe der Bergarbeiter

in der alten und neuen Zeit sind auf Grund eines großen Quellenmaterials gemeinverständlich dargestellt in der

Geschichte der Bergarbeiter

von Otto Hue.

Wer die hohe Bedeutung des Massenstreiks von 1889 erkennen will, der muß das Buch unseres Kameraden Hue lesen.

In der „Zeitschrift für Bergrecht“ (Erstes Heft 1914), herausgegeben von den rechtskundigen Vortragenden Räten der Bergabteilung des Königlich Preussischen Ministeriums für Handel und Gewerbe, wird über die Bergarbeitergeschichte geurteilt.

Die nächstbeteiligten sind die Bergarbeiter. Mögen darum die Verbandsmitglieder das Buch bestellen und es aufmerksam lesen.

Tarifverträge im Deutschen Reich im Jahre 1912.

Ueber die Lösung des einzelnen Arbeitsverhältnisses durch Kündigung sind in 2009 Tarifgemeinschaften (das sind 18,8 Prozent sämtlicher) bestimmte Vorschriften enthalten.

Arbeitsnachweise waren schon in 1691 gleich 15,7 Prozent der Tarifgemeinschaften vereinbart.

gestrebt werden sollen. Es ist ersichtlich, daß die paritätischen Arbeitsnachweise innerhalb der Tarifgemeinschaften die größte Bedeutung haben und daß sie voraussichtlich in der Zukunft die anderen Nachweise noch mehr zurückdrängen werden.

Schlichtungs- und Einigungsorgane sind in 5916 Tarifgemeinschaften (55,1 Prozent sämtlicher) vereinbart worden.

Die Fortschritte im Tarifvertragswesen sind unverkennbar. Die Zeit liegt noch nicht weit zurück, in der über die Frage der Tarifverträge in den Gewerkschaften lebhaft gestritten wurde.

Wir sind in der Entwicklung zu einem neuen Arbeitsrecht. Die einseitige Festsetzung der Lohn- und Arbeitsbedingungen durch die Unternehmer wird überwunden.

Die Gewerkschaften haben aber auch alle Ursache, den Bestrebungen energisch entgegenzutreten, die tarifliche Erzeugnisse auf gewöhnlichem Wege illusorisch machen möchten.

Die Tarifverträge für alle Berufsangehörigen zum zwingenden Recht gemacht würden, dann läge dies im Allgemeininteresse, niemals aber einseitige Festlegungen über diese oder jene Fragen des Vertrages.

Aus der deutschen Arbeiterbewegung.

Der Töpferverband im Jahre 1913.

Der soeben erschienene Verwaltungsbericht dieses Verbandes spiegelt recht deutlich die verheerende Krise wieder, unter der ganz besonders das Baugewerbe im vorletzten Jahre zu leiden hatte.

Trotz geringerer Einnahmen, aber starker Ausgaben für Unterstützungen ist jedoch der Stand der Kasse ein befriedigender.

Für Streik- und Gemahregelunterstützung im eigenen Bezirke gab der Verband 28.961 Mk. aus.

Der Bericht gibt der Ansicht Raum, daß die Tarifverträge für alle Berufsangehörigen zum zwingenden Recht gemacht würden, dann läge dies im Allgemeininteresse, niemals aber einseitige Festlegungen über diese oder jene Fragen des Vertrages.





Die Merkmale der Verleumdung.

Vor dem Außerordentlichen Landgericht zu Augsburg hatte sich am 28. und 29. April der Bischof Koppes wegen Verleumdung der Liberalen und sozialdemokratischen Kammer...

Nach dem Enzyklopaedien-Prozess. — Drei Dokumente.

I. Sie. Mumm an Adam Stegerwald. Berlin, den 28. Februar 1914. Herr Generalsekretär Stegerwald, Adl. a. d. H., Venturwall 9.

II. Adam Stegerwald an Sie. Mumm. Adl. 13. März 1914, Venturwall 9. Sehr geehrter Herr Sie! Ihr Schreiben vom 28. Februar kann ich erst heute beantworten.

III. Adam Stegerwald für den Gesamtverband der Christlichen Gewerkschaften. Die christlichen Gewerkschaften sind gegründet worden zu dem Zweck, um den gläubigen, katholischen und evangelischen Arbeitern eine Organisation zur Verfolgung ihrer gemeinschaftlichen Interessen zu bieten...

der Überzeugung und Befolgung gesetzlicher Organisationen ein Akt des Generalsekretärs der christlichen Gewerkschaften, Adam Stegerwald, an die Kongregation des Konfessionsrats als obersten Disziplinarhof für Bischöfe nach Rom...

Jedes Mitglied des Verbandes ist verpflichtet, die regelmäßigen Wochen- und Extra-Beiträge pünktlich zu zahlen. Jedes Mitglied des Verbandes muß die Bestimmungen des Statuts und die Beschlüsse der Verbandsorgane und Verbandstage befolgen...

Selig sind die Armen. Es ist eher möglich, daß ein Kamel durch ein Nadelöhr geht, wie ein Reicher ins Himmelreich. Samme keine Schätze, die Rost und Moten verzehren.

des Herrn 7 Millionen erheben. Selig sind die Armen, denn Himmel ist das Himmelreich, die Reichen haben ihr Paradies auf Erden. Auerich hat die Zentrumsprelle diese Hochzeit mit einem berechtigten Stolz gebracht...

Gegenläufige. In einem bürgerlichen Alter gemeldet, daß wohl die aller kostbarste Garderobe der Welt der Papst besitze. Die Eitelkeit verlangt von ihm, daß er jeden Tag des Jahres andere Gewänder trägt...

Verbandsnachrichten.

Kameraden! Mit dieser Nummer ist der Beitrag für die 18. Woche (vom 26. April bis 2. Mai 1914) fällig. Wir bitten unsere Mitglieber, für pünktliche Zahlung der Beiträge besorgt zu sein.

Localbeitrag. Die Zahlstelle Gelsenkirchen V ist berechtigt, ab 1. Juni 1914 pro Woche und Mitglied 5 Pf. Localbeitrag zu erheben.

Adressenveränderungen. Frohnhäuser. Kamerad Trampmann wohnt jetzt Gerwinusstraße 24.

Küsterrevisionen. In folgenden Zahlstellen findet Revision der Mitgliedsbücher statt und werden die Kameraden gebeten, dieselben bereitzulegen...

Krankenunterstützungs-Auszahlung. Unter Vorzeigung des Mitgliedsbuches und des Krankenscheines kann in folgenden Zahlstellen das Krankengeld erhoben werden:

Beleghefts-Veranstaltungen

Sonntag, den 3. Mai 1914. Letzte Rabbin. Sonntags 11 Uhr, im Lokale des Herrn Willmann, Rabbiner Rabbin. — 1. Bericht des Arbeiterrats...

Zahlstellen-Feste

Sonntag, den 10. Mai 1914. Zahlstellenfest im Verein der Bergarbeiter...

Die Bergarbeiter Historische Darstellung der Bergarbeiter-Verhältnisse von der ältesten bis in die neueste Zeit von Otto Hue 2 Bände umfassend 1215 Druckseiten. Preis für Verbandsmitglieder nur 8,00 M.

Sprengel-Veranstaltungen

Sonntag, den 3. Mai 1914. Schillinghausen. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Janßen, für den Sprengel des Heiligen Wendesfestes...

Ein Sortiment Lieder, 100 Stück 50 Pf. Bergm.-Unterstützungs-Berein Friedrich Wilhelm zu Lüdernberg. Bugra Leipzig 1914. Im Tempel der Sachpreise liegt auf die Bergarbeiter-Zeitung.

